
Schutz unseren Kindern!

Aus einem Artikel

Mai 1902

Unter den vielen schweren Verbrechen des Kapitalismus, über welche die Geschichte zu Gericht sitzen wird, ist keines brutaler, grausiger, verhängnisvoller, wahnwitziger, mit einem Worte: himmelschreiender als die Ausbeutung der proletarischen Kinder. Ausbeutung der proletarischen Kinder durch das Kapital, was besagt das anderes als Raub von Gesundheit und Lebenskraft, von Kinderlust und Bildungsmöglichkeit, als Vernichtung von Leib und Seele der heranwachsenden Geschlechter, als Raub und Vernichtung, begangen an den schwächsten, wehrlosesten und schutzbedürftigsten aller Gesellschaftsglieder. Der Kapitalismus packt mit harter Faust das proletarische Kind, das schon vor seiner Geburt durch die rücksichtslose Ausbeutung von Mutter und Vater bedroht und geschädigt wurde. Er peitscht es mittels der Not oder der Unwissenheit der Eltern in die Fabrik, in die Werkstatt, in die Ziegelhütte, zum Straßenhandel, zum Rübenverziehen und Viehhüten, zum Kegelaufsetzen und Warenaustragen oder in die mörderische Hausindustrie. Hier gliedert er es seiner Profitmühle ein, die auspreßt, was von Muskel- und Nervenkraft in Gold verwandelt werden kann, und die ein armseliges, körperlich und geistig zermalmtes Geschöpf entläßt. Das Abströmen ländlicher Bevölkerung nach den Industriezentren, die Erschließung rückständiger Gegenden und Länder durch die

modernen Verkehrsmittel entheben das kapitalistische Unternehmertum der Notwendigkeit, in dem proletarischen Kinde von heute den unentbehrlichen erwachsenen Arbeiter von morgen zu schonen. So hat die kapitalistische Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft Geschlechter auf Geschlechter dem Verkümmern überliefert und dahingemäht; so hat sie über die Gegenwart hinaus an der Zukunft, über das Proletariat hinaus an der ganzen Nation in gewissenlosester Weise gefrevelt.

Was sie an Körper, Geist und Sittlichkeit der proletarischen Kinder zertritt und welken macht, davon meldet der Tatsachen Fülle. Es offenbart sich in den erschreckend hohen Zahlen der schwächlichen, kränklichen, greisenhaften Kinder in den Volksschulen. Es schreit aus den wohlbegründeten Klagen der Lehrer über die geringe Aufmerksamkeit, geistige Frische und Auffassungskraft, über die minderwertigen Leistungen der Schüler, die – von Erwerbsarbeit am frühen Morgen und in späten Abendstunden aufgesaugt – schlafhungrig, matt, stumpfsinnig in dem Unterricht oder über den Hausaufgaben hocken. Es nimmt entsetzliche Gestalt an in den steigenden Scharen von jugendlichen Verwahrlosten und Verbrechern. Und es muß sogar den „gutgesinnten“ Verehrer und Nutznießer des Militarismus durch den Umstand schrecken, daß jede Rekrutenaushebung eine große, ja, in einzelnen Gegenden eine wachsende Zahl Dienstuntauglicher aufweist, die nicht für den Kampf gegen den äußeren und inneren Feind gedrillt werden können.

Der Weg des Kapitalismus und sein Herrschaftsgebiet sind besät mit zahllosen Leichen von Kindern, die der zarten Finger wegen ganz geschlachtet wurden,¹ wie es im „Kapital“ heißt, sind bedeckt mit vernichteten, in den Staub getretenen geistigen und sittlichen Kräften. Nicht „agitorische Über-

¹ Siehe Karl Marx, „Das Kapital“, Erster Bd., Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 307. *Die Red.*

treibung“, wissenschaftliche Forschung rang Engels 1845 in seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ im Hinblick auf die Schmach der kapitalistischen Kinderausbeutung den Empörungsschrei ab: Ich klage die Bourgeoisie „geradezu des sozialen Mordes“¹ an! Und wahrhaftig: Wie „alle Wohlgerüche Arabiens“ die mordbefleckte Hand der Lady Macbeth nicht reinzuwaschen vermochten, also sind alle Wunderwerke des Kapitalismus außerstande, diesen von der furchtbaren Blutschuld seines „bethlehemitischen Kindermordes“ zu entschüden. Es bleibt ein unzerstörbares Denkmal von der Schande kapitalistischer Ordnung, von ihrem verrohenden Einfluß, der menschliches Empfinden und Denken in dem „eiskalten Wasser“ der Profitgier, des engherzigsten Egoismus ertränkt, daß der Gesellschaft bis heute noch nur lächerlich ungenügende Maßregeln zum Schutze des proletarischen Kindes gegen die Ausbeutung seiner Arbeitskraft, gegen die Meuchelung seiner Lebenskraft abgezwungen werden konnten.

Was ist in Deutschland bis nun in dieser Beziehung geschehen? Bereits in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts traten die verderblichen Folgen der kapitalistischen Auswucherung der Kinder kraß in Erscheinung. Weil die Fabrikgegenden nicht mehr das genügende Kontingent Rekruten stellen konnten, erließ 1827 Friedrich Wilhelm III. von Preußen eine Verordnung zum Schutze der Kinder, die in Fabriken beschäftigt waren. Jedoch, aller nachgewiesenen Greuel ungeachtet, verbot die Gewerbeordnung von 1869 nicht einmal die Arbeit von Kindern unter zwölf Jahren in den Fabriken vollständig. Das wenige aber, was sie zum Schutze der kindlichen Fabrikarbeiter festlegte, blieb so gut wie toter Buchstabe. Das sehr robuste „öffentliche Gewissen“ erwachte erst, als die Sozialdemokratie – die ihre ersten festen Hochburgen

¹ Friedrich Engels, „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 151. *Die Red.*

in Sachsen eroberte, wo das Kapital die proletarischen Kleinen in verbrecherischer Weise ausbeutete – anklagend und Reform heischend auf den Plan trat. 1873 forderte der Reichstag den Reichskanzler zu Erhebungen über Frauen-, Kinder-, Sonntagsarbeit usw. auf. Die Ergebnisse der vom Bundesrat in der Folge beschlossenen Enquete wurden 1877 veröffentlicht. Der Regierungsmechanismus hatte also – wie es sich in einem Klassenstaat gebührt – mit jener strafwürdigen Langsamkeit gearbeitet, die für sein Klappern kennzeichnend zu sein pflegt, wenn es sich um Reformen zugunsten der ausgebeuteten Massen handelt. So mangelhaft die Enquete gewesen, sie enthüllte die fressenden Schäden der ausgebeuteten Kinderarbeit. Und dennoch! Dennoch scheute die Regierung sich nicht, 1878 einen Entwurf einzubringen, der zwar das absolute Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter zwölf Jahren vorsah, aber alles in allem die Ausbeutungsmacht des Unternehmertums weit mehr respektierte als die Schutzbedürftigkeit der Kinder. Der Reichstag besserte seinerseits herzlich wenig an dem reformlerischen Pfuscherwerk niedrigster Sorte. Erst als die Furcht vor der siegreich vorwärtsdringenden Sozialdemokratie den herrschenden Klassen die Gewerbeordnungsnovelle von 1890/1891 abpreßte, rückte der Schutz der ausgebeuteten Kinder ein Schrittchen vorwärts. Die Zulassung zu der Fabrikarbeit durfte nicht vor Absolvierung der Volksschule erfolgen, das heißt nicht vor dem vierzehnten beziehungsweise dreizehnten Jahre. Der Arbeitstag der kindlichen Lohnsklaven blieb dagegen unverändert auf sechs Stunden festgesetzt – eine einstündige Pause eingerechnet. Keine noch so schwächliche gesetzliche Vorschrift zügelte den kapitalistischen Werwölfshunger nach Ausbeutung kindlicher Arbeitskräfte auf den verschiedenen Gebieten der Erwerbsarbeit außerhalb der Fabrik. Die Schutzgesetzgebung erfaßte nicht einmal die ganze Domäne der gewerblichen Arbeit. Und doch war hier in der

modernen Hausindustrie eine Hölle entstanden, in der die Kinder vom zartesten Alter an – wie die umfangreiche Fachliteratur unanfechtbar nachwies – leiblich und geistig der schlimmsten Qual, der rettungslosesten Hinopferung überantwortet wurden. Das kapitalistische Ausbeutungsgelüste schwenkte heuchlerisch die „Achtung vor dem Rechte der Familie“, um der Gesetzgebung einen Einbruch in sein Dorado zu wehren.

Vergeblich riß die Sozialdemokratie damals wie später bei jeder Gelegenheit die täuschende Hülle von den schwärenden Wunden der Heimarbeit. Vergänglich wies sie nach, daß die unangetastete hausindustrielle Ausbeutungsherrlichkeit den Wert des gesetzlichen Schutzes der Kinderarbeit in den Fabriken herabmindere, ja vernichte. Unangetastete hausindustrielle Ausbeutungsfreiheit – und der findige Unternehmer vermag den Arbeitstag seiner kindlichen Fabriksklaven durch Mitgabe von Arbeit nach Hause allen gesetzlichen Vorschriften zum Hohne schrankenlos zu verlängern! Unangetastete hausindustrielle Ausbeutungsherrlichkeit – und der beutegierige Kapitalist dezentralisiert seinen Betrieb, er treibt die fronenden Kleinen aus der Fabrikarbeit in die Heimarbeit mit ihren Schrecken der ungezügelter Auswucherung der Kräfte. Die Gesetze des kapitalistischen Wirtschaftslebens lassen ihrer nicht spotten. Die Tatsachen haben die sozialdemokratischen Prophezeiungen in geradezu unheimlicher Weise bestätigt. Das geht aus den Berichten der Fabrikinspektoren hervor, das verzeichnet die wissenschaftliche Forschung über die Heimarbeit, das ist in den Untersuchungen und Materialsammlungen von Volksschullehrern zu lesen. Neben dem unsäglichen Kinderelend in der Hausindustrie aber erscheint die nicht minder verderbliche Aussaugung kindlichen Lebensmarkes durch andere gewerbliche Beschäftigungen, durch die Arbeit in Forst- und Landwirtschaft und im häuslichen

Dienste. Es ist das hohe bleibende Verdienst deutscher Lehrer – allen voran der tapfere, warmherzige Agahd –, in den dunkelsten Winkel des dunklen Deutschlands, in die Kinderausbeutung, hineingeleuchtet zu haben.

Bergehoch türmten sich die zahlenmäßigen, tatsachenreichen Nachweise über den kulturschändenden Raubbau, den Industrie- wie Krautjunker, Ritter vom Laden- wie vom Schanktisch mit dem kostbarsten Schatz der Nation, mit der Lebenskraft der heranwachsenden Geschlechter, trieben. Die gesetzgebenden Gewalten aber stehen seit 1891 da, das Ohr geschlossen gegen den Schrei der Plage von Hunderttausenden und aber Hunderttausenden Gemarterter, das Auge blind gegen die zuckende Qual gepeinigter Leiber und Geister, die Hände leer von Reformen. Der Bundesrat hat nicht einmal kraftvollen, ausgiebigen Gebrauch von seinem Rechte gemacht, durch Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung die Proletarierkinder in weiteren nichtfabrikmäßigen industriellen Betrieben ein wenig zu schützen. Die von ihm 1897 verfügte Unterstellung der Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion unter die betreffenden gesetzlichen Vorschriften sprengte kaum ein linderndes Tröpfchen auf den glühenden Stein der Kinderausbeutung. Die Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten legte müßig die Hände in den Schoß. In manchen Gemeinden und Bezirken kam es zu Polizeivorschriften, die besonders der Auswucherung der Kleinen beim Straßenhandel, Waren- und Zeitungsaustragen, Kegelsetzen usw. wehren sollen. Allein, nicht genug damit, daß diese Vorschriften auch auf engstem Gebiet hinter den allerbescheidensten Forderungen zurückblieben, wurden sie obendrein vielfach von den Gerichten für null und nichtig erklärt. Erst 1897 ließ sich das Reichsamt des Innern neuerlich ein Schrittchen vorwärtsdrängen. Es veranlaßte durch ein Rundschreiben die Bundesregierungen, im Jahre 1898

Erhebungen über die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken vorzunehmen. Die Enquete erstreckte sich von vornherein nicht über das weite Feld der forst-, landwirtschaftlichen und häuslichen Erwerbstätigkeit der schulpflichtigen Kinder, und sie wurde in den einzelnen Bundesstaaten verschieden, überall aber mangelhaft durchgeführt. Ihre Ergebnisse wurden im dritten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches, Jahrgang 1900, veröffentlicht. Sie führten zu dem Gesetzentwurf über den gewerblichen Kinderschutz, dessen wichtigste Bestimmungen wir in letzter Nummer mitteilten und der bereits im Reichstag in erster Lesung verhandelt worden ist. Wir schreiben 1902! Die oberste Reichsbehörde für Sozialreform hat also abermals keineswegs mit jener fieberhaften Emsigkeit gearbeitet, die sie aufzuwenden vermag, wenn es sich um Liebesgaben an Schlotbarone und Ochsengrafen, wenn es sich um Zuchthausgesetze und Zollwucher handelt. Hätte vielleicht die deutsche Arbeiterklasse „nach berühmten Mustern“ durch einen Zwölftausendmark-Agitationsfonds die Vorbereitung der Reform beschleunigen können? Wie oft aber noch die Sonne sich über der unsagbaren Qual der ausgebeuteten Kleinen neigen wird, ehe die eingeleitete Reform Tat wird, das mögen die Götter wissen. Keine Kinderschutz-Kommissionsdiäten werden die Beratungen der 21 „Kerls“ fördern, welche der Reichstag mit der Durcharbeitung des Regierungsentwurfs betraut hat. Und welche Verbesserungen traurigsten Loses wird das Gesetz schließlich dem Kinde des deutschen Proletariats bringen? . . .

Was seinerzeit die Enquete über die Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder außerhalb der Fabrik ahnen ließ, das bestätigt der Entwurf des Kinderschutzgesetzes vollauf. Die Reformwilligkeit der Regierung knickt de- und wehmütig vor der Ausbeutungsdomäne der junkerlichen Krippenreiter zusammen. Wie die Regierung von vornherein sich nicht einmal

erkühnt hat, mit der Fackel der amtlichen Erhebung den gewaltigen Umfang und das blutige Unrecht der Kinderausbeutung in der Landwirtschaft und im häuslichen Dienste zu beleuchten, also geht sie auch an all dem hier angehäuften Jammer körperlichen und geistig-sittlichen Ruins in ihrem Entwurfe mit der empörenden Gleichgültigkeit des bekannten biblischen Priesters und Leviten vorüber. Kein noch so dürftiger gesetzlicher Schutz soll den Kleinen zuteil werden, welche in der Landwirtschaft und bei häuslicher Gesindearbeit fronden.

Das bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger, als daß die große Mehrzahl der erwerbstätigen Schulkinder überhaupt vogelfrei für das schlimmste Ausbeutungsgelüste ist. . . Der sozialdemokratische Abgeordnete Wurm schätzt die Zahl der Schulkinder, die in Land- und Forstwirtschaft und im häuslichen Dienste erwerbstätig sind, auf fast 2 Millionen. . . Die Tatsache allein genügt schon, dem Entwurfe der junkerfrommen Regierung ein „Gewogen und zu leicht befunden“ zuzuschreiben.

Und dieses Urteil wird wahrhaftig nicht ausgelöscht durch das Maß des Schutzes, das der Entwurf für die gewerblich tätigen Kinder außerhalb der Fabrik fordert. . .

Von dem engumgrenzten Geltungsbezirk des § 4 abgesehen, gibt der Entwurf das fremde Kind schon vom 12. Jahre, das eigene aber sogar – man schämt sich, es niederzuschreiben – vom 10. Jahre an der Ausbeutung bei gewerblicher Arbeit preis. Laut Zählung von 1898 waren in Preußen 75 Prozent der Kinder über 10 Jahre, 46 Prozent über 12 Jahre alt. Legt man diese Feststellung zugrunde, so zeigt sich, daß der Entwurf die übergroße, ja, die erdrückende Mehrzahl der gewerblich tätigen Schulkinder weiter ihrer Pein überläßt. . .

Der Entwurf enthält nur eine einzige Bestimmung, welche für alle gewerblich tätigen Schulkinder gilt. Sie wendet sich gegen den schändlichsten, verhängnisvollsten Mißbrauch der

kindlichen Arbeitskraft, gegen die Nacharbeit. Von abends 8 bis morgens 8 Uhr dürfen Kinder nicht bei gewerblichen Arbeiten beschäftigt werden. Allein nicht einmal diese selbstverständlichste und notwendigste Zügelung der Ausbeutung wagt die Regierung für alle Kinder in nächster Zukunft konsequent festzuhalten. Die unteren Verwaltungsbehörden sind vielmehr befugt, für die ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zu gestatten, daß Kinder über 12 Jahre beim Austragen von Waren und sonstigen Botengängen schon von 6¹/₂ Uhr morgens und vor dem Vormittagsunterricht verwendet werden dürfen. Der ohnehin bescheidene Wert der übrigen Maßregeln zum Schutze der ausbeutungsgeweihten Kleinen wird wesentlich eingeschränkt und herabgemindert durch einen schweren, unverzeihlichen Hauptfehler. Der Entwurf unterscheidet durchweg zwischen der Erwerbsarbeit fremder und eigener Kinder, und mit der widerlichsten Heuchelei zarter Rücksichtnahme auf die Eltern, die Familie, setzt er für das eigene Kind das dürftige Maß an Schutz noch herab, das er dem fremden angedeihen läßt. . .

Nicht einmal am Sonntag reißt der Entwurf der bibelfesten, kirchengläubigen Regierung das eigene Kind auch nur um ein wenig aus der festklammernden, erbarmungslosen Faust der Erwerbsarbeit; nicht einmal einen einzigen Tag von sieben schenkt er ihm zur „Heiligung“, als Tag der Sonne, der vollen Rast, der Erquickung, der Freude. Aber auch dem fremden Kinde ist die Sonntagsruhe keineswegs im ganzen Bannkreis seiner gewerblichen Ausnutzung verbürgt. Dafern es durch Warenaustragen oder sonstige Botengänge sich um kargen Lohn müht, kann es am Sonntage zwei Stunden in das Erwerbsjoch gespannt werden. Ehe oder nachdem es seine schwachen Glieder gerührt, darf es „beten“, denn die Zeit des Hauptgottesdienstes muß, wie der Nachmittag, frei bleiben. Welch verlogenes, erbärmliches Kompliment vor dem Gebote

des Höchsten im himmlischen Zukunftsreich: „Du sollst den Feiertag heiligen!“ Als politischer Sachwalter der besitzenden Klassen erhöht der Staat sogar für das proletarische Kind über dieses Gebot – das er noch in der Schule lehren läßt – den Befehl des Allerhöchsten im irdischen Klassenstaat, den Befehl des Kapitals: „Du sollst dich ausbeuten lassen!“ . . .

Die völlig unzulänglich gesicherte Überwachung der Schutzbestimmungen ist ein hervorstechendes Gebrechen des Entwurfs . . . Der vorliegenden Erfahrungen bei der Gewerbeaufsicht ungeachtet, spielt sich die Regierung damit offenbar auf die sozialpolitische Unschuld vom Lande hinaus. Sie täuscht sich oder anderen vor, die Polizei werde den Vergehen wider den Kinderschutz mit dem gleichen Amtseifer, dem nämlichen Scharfsinn nachspüren wie etwa Verfehlungen der Arbeiter gegen das Vereinsgesetz, wie Streiksünden gegen den groben Unfugs- oder den Erpressungsparagraphen^[25]. . .

Kurz, die mangelhaften Garantien für die Beobachtung des Gesetzes vollenden, was die unzureichenden gesetzlichen Vorschriften beginnen: Die Regel – der Schutz der ausgebeuteten Kleinen – wird zur Ausnahme; die Ausnahme – die ungezügelte Auswucherung der kindlichen Arbeitskraft – wird zur Regel. . .

Was die Regierung zusammengestümpert, das wird aber die bürgerliche Majorität des Reichstags aus eigenem kaum wesentlich verbessern. Die erste Lesung des Entwurfs im Parlament erweist das sinnenfällig. Die Redner aller bürgerlichen Parteien – von dem Zentrümmer Hitze an bis zu den Freisinnigen Pachnicke, Zwick, Müller hinauf – verschwendeten so viel Gehirnschmalz und Atem für Worte des Lobes und Dankes an die Adresse der reformeifrigen Regierung, daß ihnen so gut wie nichts für die nötige Kritik des gebrestreichen Entwurfs blieb . . . Der Freisinnige Pachnicke erklärte zwar den grenzenlosen Jammer der Kindesausbeutung für „sehr betrübend“, fand

aber, daß dagegen mit einer „Schonung vorgegangen werden müsse“, welche die Kleinen auch künftighin schonungsloser Überbürdung preisgibt, und schloß mit einer Seligpreisung der „richtigen Mitte“ zwischen Ausbeutung und Schonung, welche die allweise Regierung gefunden. Und der ebenfalls freisinnige Müller ließ eine erschütternde Schilderung des Kinderelends in der Sonneberger Spielwarenindustrie ausklingen in das furchtsame Stammeln: Das Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder sei „ein Sprung ins Dunkle“, vor dem er zurückschreke. Konservative Reichstreue aber und welfische, polnische und elsässische Reichsfeinde, denen sich Stöcker zugesellte, „der neue Luther a. D.“, vereinigten sich zu einem Chor, der unter Führung des junkerfürchtigen Posadowsky die poetischen Reize des Viehhütens, Rübenverziehens, Kartoffel-lesens usw. mit schmelzender Inbrunst sang. Nur der bürgerliche Einzelgänger Rösicke trat an die Seite der Sozialdemokratie, welche ihre alte Forderung erhob: Fort mit jeder Erwerbsarbeit der Kinder! Ihre drei Redner – Wurm, Reißhaus, Herzfeld – begründeten diese Forderung mit tatsachenreichen, sachkundigen Ausführungen, welche unter anderem auch mit dem verwüstenden junkerlichen Mißbrauch kindlicher Arbeitskraft gründlich abrechneten.

Nun haben die proletarischen Massen das Wort. Ihre Erkenntnis und ihr Wille müssen bewußt heischend, bewußt kämpfend hinter die pflichttreue Tätigkeit ihrer parlamentarischen Führer treten. Heraus darum zum Kampfe für ein wirksames Kinderschutzgesetz, ihr proletarischen Väter, ihr proletarischen Mütter vor allem, die ihr verzweiflungsvolle Zeugen der Vernichtung eures eigenen Fleisches und Blutes seid! Sollt ihr auch fürder der Kapitalsinteressen Hüter bleiben? Sollt ihr fortfahren, zu Nutz und Frommen fremden Reichtums euch aus Schützern und Erziehern eurer Kleinen zu deren Antreibern und Peinigern erniedrigen zu lassen? Soll

der Geist der kapitalistischen Ordnung noch länger den heiligen Instinkt eurer Elternliebe fälschen, so daß sie das Kind der Ausbeutung als Opfer bietet, statt mit dem Grimme des unbezähmbaren Naturtriebes sich gegen die Ausbeutung zu kehren? Das sei ferne!

Erhebt millionenstimmig die Losung: Kampf der Ausbeutung, Schutz unseren Kindern!

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 21. Mai und 4. Juni 1902.

aber, daß dagegen mit einer „Schonung vorgegangen werden müsse“, welche die Kleinen auch künftighin schonungsloser Überbürdung preisgibt, und schloß mit einer Seligpreisung der „richtigen Mitte“ zwischen Ausbeutung und Schonung, welche die allweise Regierung gefunden. Und der ebenfalls freisinnige Müller ließ eine erschütternde Schilderung des Kinderelends in der Sonneberger Spielwarenindustrie ausklingen in das furchtsame Stammeln: Das Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder sei „ein Sprung ins Dunkle“, vor dem er zurückschreke. Konservative Reichstreue aber und welfische, polnische und elsässische Reichsfeinde, denen sich Stöcker zugesellte, „der neue Luther a. D.“, vereinigten sich zu einem Chor, der unter Führung des junkerfürchtigen Posadowsky die poetischen Reize des Viehhütens, Rübenverziehens, Kartoffel-lesens usw. mit schmelzender Inbrunst sang. Nur der bürgerliche Einzelgänger Rösicke trat an die Seite der Sozialdemokratie, welche ihre alte Forderung erhob: Fort mit jeder Erwerbsarbeit der Kinder! Ihre drei Redner – Wurm, Reißhaus, Herzfeld – begründeten diese Forderung mit tatsächlichen, sachkundigen Ausführungen, welche unter anderem auch mit dem verwüstenden junkerlichen Mißbrauch kindlicher Arbeitskraft gründlich abrechneten.

Nun haben die proletarischen Massen das Wort. Ihre Erkenntnis und ihr Wille müssen bewußt heischend, bewußt kämpfend hinter die pflichttreue Tätigkeit ihrer parlamentarischen Führer treten. Heraus darum zum Kampfe für ein wirksames Kinderschutzgesetz, ihr proletarischen Väter, ihr proletarischen Mütter vor allem, die ihr verzweiflungsvolle Zeugen der Vernichtung eures eigenen Fleisches und Blutes seid! Sollt ihr auch fürder der Kapitalsinteressen Hüter bleiben? Sollt ihr fortfahren, zu Nutz und Frommen fremden Reichtums euch aus Schützern und Erziehern eurer Kleinen zu deren Antreibern und Peinigern erniedrigen zu lassen? Soll

der Geist der kapitalistischen Ordnung noch länger den heiligen Instinkt eurer Elternliebe fälschen, so daß sie das Kind der Ausbeutung als Opfer bietet, statt mit dem Grimme des unbezähmbaren Naturtriebes sich gegen die Ausbeutung zu kehren? Das sei ferne!

Erhebt millionenstimmig die Losung: Kampf der Ausbeutung, Schutz unseren Kindern!

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 21. Mai und 4. Juni 1902.

aber, daß dagegen mit einer „Schonung vorgegangen werden müsse“, welche die Kleinen auch künftighin schonungsloser Überbürdung preisgibt, und schloß mit einer Seligpreisung der „richtigen Mitte“ zwischen Ausbeutung und Schonung, welche die allweise Regierung gefunden. Und der ebenfalls freisinnige Müller ließ eine erschütternde Schilderung des Kinderelends in der Sonneberger Spielwarenindustrie ausklingen in das furchtsame Stammeln: Das Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder sei „ein Sprung ins Dunkle“, vor dem er zurückschrecke. Konservative Reichstreue aber und welfische, polnische und elsässische Reichsfeinde, denen sich Stöcker zugesellte, „der neue Luther a. D.“, vereinigten sich zu einem Chor, der unter Führung des junkerfürchtigen Posadowsky die poetischen Reize des Viehhütens, Rübenverziehens, Kartoffel-lesens usw. mit schmelzender Inbrunst sang. Nur der bürgerliche Einzelgänger Rösicke trat an die Seite der Sozialdemokratie, welche ihre alte Forderung erhob: Fort mit jeder Erwerbsarbeit der Kinder! Ihre drei Redner – Wurm, Reißhaus, Herzfeld – begründeten diese Forderung mit tatsachenreichen, sachkundigen Ausführungen, welche unter anderem auch mit dem verwüstenden junkerlichen Mißbrauch kindlicher Arbeitskraft gründlich abrechneten.

Nun haben die proletarischen Massen das Wort. Ihre Erkenntnis und ihr Wille müssen bewußt heischend, bewußt kämpfend hinter die pflichttreue Tätigkeit ihrer parlamentarischen Führer treten. Heraus darum zum Kampfe für ein wirksames Kinderschutzgesetz, ihr proletarischen Väter, ihr proletarischen Mütter vor allem, die ihr verzweiflungsvolle Zeugen der Vernichtung eures eigenen Fleisches und Blutes seid! Sollt ihr auch fürder der Kapitalsinteressen Hüter bleiben? Sollt ihr fortfahren, zu Nutz und Frommen fremden Reichtums euch aus Schützern und Erziehern eurer Kleinen zu deren Antreibern und Peinigern erniedrigen zu lassen? Soll

der Geist der kapitalistischen Ordnung noch länger den heiligen Instinkt eurer Elternliebe fälschen, so daß sie das Kind der Ausbeutung als Opfer bietet, statt mit dem Grimme des unbezähmbaren Naturtriebes sich gegen die Ausbeutung zu kehren? Das sei ferne!

Erhebt millionenstimmig die Losung: Kampf der Ausbeutung, Schutz unseren Kindern!

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 21. Mai und 4. Juni 1902.

Für außerparlamentarische Aktionen des Proletariats

*Rede auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu München*

18. September 1902

Ich möchte Ihnen mit allem Nachdruck die Annahme des Antrags unserer Berliner Freunde empfehlen, der sich auf die Forderung der Einführung des Achtsturentages bezieht, aber nicht etwa von dem Gesichtspunkte aus, daß ich der Stellung und Annahme desselben irgendwo den Beigeschmack eines Mißtrauensvotums oder auch nur eines leisen Tadels gegen die verflossene Tätigkeit unserer parlamentarischen Vertreter geben möchte. Ich erblicke vielmehr in der verhältnismäßig großen Zahl von Anträgen, welche sich auf die Einführung des Achtsturentages beziehen, einen kräftigen Vorstoß zum Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes, überhaupt einen Ausdruck des dringenden Bedürfnisses und des zielklaren Wollens der proletarischen Klasse. Wenn in den letzten Jahren vielleicht auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes weniger energisch und nachdrücklich vorwärtsgedrängt worden ist als in manchen anderen Zeiten, so erklärt sich das zum großen Teil daraus, daß die Zeit der Hochkonjunktur den proletarischen Massen die Reformnotwendigkeit weniger zum Bewußtsein gebracht hat. Das ist anders geworden durch das Gespenst der Krisis, das sich riesengroß vor dem Proletariat aufgerichtet hat. Die Krisis mit ihren Folgen legt gerade auch dem politisch kämpfenden Proletariat gegenüber den Gewerkschaften eine edle Pflicht auf. Kein Zweifel, wir alle sind

von Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung erfüllt, die Betätigung dieser Sympathie ist kein leeres Wort. Nur zu gut wissen wir, daß politische und gewerkschaftliche Bewegung einander ergänzen und zueinander gehören, aber durch die Krisis werden gerade gegenwärtig die gewerkschaftlichen Kämpfe sehr erschwert, und deshalb ist es erwünscht, die Gewerkschaften durch den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu entlasten. Aber auch noch andere Gründe zwingen uns, den Kampf um die gesetzliche Verbesserung des Arbeitsverhältnisses in den Vordergrund zu schieben. Ich erinnere an den Zolltarif und den schmachvollen Vertrat des Zentrums an den Arbeitern durch seine Stellung dazu. Mehr als je ist das Zentrum dadurch in die Notwendigkeit versetzt, wenigstens etwas zur Förderung wirklicher sozialer Reformarbeit zu tun oder aber durch die Unterlassungssünden auf diesem Gebiete den Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit noch schneller zu zerstören, als es ohnehin der Fall ist. Auf die eine oder die andere Weise muß das politisch kämpfende Proletariat die Früchte der Situation ernten, sei es in Gestalt eines kräftigen Eintretens des Zentrums für Reformen, sei es in Gestalt einer Diskreditierung des Zentrums bis auf die Knochen. Und noch ein anderes!

Der Zollwucher wird ohne Zweifel bei den nächsten Wahlen zu einem so glänzenden Siege der Sozialdemokratie führen, daß das Lager der bürgerlichen Politiker dadurch von jener heiligen Furcht erfüllt sein wird, die die alleinige Quelle gelegentlicher Reformarbeiten der Bourgeoisie ist. Wir wissen genau, daß der Knüppel beim Hunde liegt und daß die bürgerlichen Parteien auch nicht zu einem Jota mehr an Reformen sich verleiten lassen, als ihnen die Furcht vor dem kämpfenden Proletariat abknöpft. Wie einmal von den Scharfmachern das Wort gesprochen wurde: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie! so wird die Sozialdemokratie nach den Wahlen in der Lage

sein, den gegnerischen Scharfmachern zu sagen: Sie haben nur für uns gearbeitet. Diese Situation wird uns erlauben, einen energischen Druck auf das Parlament von außen auszuüben. Der ständige Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit“, dessen Leitartikel allein schon zur ständigen Lektüre des Blattes veranlassen sollten („Sehr richtig!“), Genosse Mehring, hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß der Zollwucher eine so außerordentlich günstige Situation für die außerparlamentarische Aktion der Massen schaffen würde, daß sie zu sozialpolitischen Fortschritten ausgenützt werden könne. Das ist aber auch nicht die Hauptsache. Die Situation bringt auch einen großen Fortschritt für die Entwicklung unserer Partei. („Sehr richtig!“) Wieder wird sich in unserer Partei eine richtigere Schätzung der parlamentarischen Arbeit und der außerparlamentarischen Aktion des Proletariats einstellen. („Sehr richtig!“) In dieser Verschiebung der Wertschätzung zugunsten der außerparlamentarischen Aktion sehe ich einen außerordentlichen Vorteil für die Entwicklung des politischen Klassenkampfes. Es scheint fast so, als ob alle Anträge, die hier gestellt sind, an einer Überschätzung dessen krankten, was die parlamentarische Arbeit leisten kann, und an einer Unterschätzung dessen, was die außerparlamentarische politische Aktion des Proletariats leisten muß. Diese Wertung tritt vor allem auch in den bekannten Artikeln von Parvus zutage. Wie schätzenswert, wie unentbehrlich die Aktion unserer parlamentarischen Vertreter auch sein mag, sie mögen mit Menschen- und mit Engelszungen reden, sie mögen die triftigsten Gründe haben, so würden sie doch bei den herrschenden Klassen nichts ausrichten, wenn nicht von außen der Druck eines erkenntnisreichen, eines geschulten, eines organisierten Proletariats hinzukäme. Deshalb begreife ich das Vorgehen der Fraktion, das den Anstoß zur kräftigen Agitation, zur Förderung der Aktion außerhalb des Parlaments geben muß. Wie der Riese Antäus

immer wieder Kraft gewann, wenn seine Schultern den mütterlichen Boden der Erde berührten, so wachsen, so erweitern sich die Kräfte der Sozialdemokratie, wenn sie die rechte, innige Berührung mit den Massen hat.

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu München vom 14. bis 20. September 1902.“

Mit einem Anhang: „Bericht über die 2. Frauenkonferenz
am 13. und 14. September in München“,

Berlin 1902, S. 175/176.

Was die Frauen Karl Marx verdanken

März 1903

Am 14. März jährte es sich zum zwanzigsten Male, daß in London Karl Marx starb. Engels, dessen Leben vierzig Jahre lang mit dem Leben Marxens aufs innigste in Arbeit und Kampf verbunden gewesen, schrieb damals an einen gemeinsamen Freund, an Genossen Sorge in New York:

„Die Menschheit ist um einen Kopf kürzer gemacht, und zwar um den bedeutendsten Kopf, den sie heutzutage hatte.“¹

Er traf mit dieser Wertung ins Schwarze.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, im Rahmen dieses Artikels zu erörtern, was Karl Marx als Mann der Wissenschaft und als revolutionärer Kämpfer dem Proletariat gegeben hat und was er ihm ist. Es hieße dies wiederholen, was in diesen Tagen in der sozialistischen Presse über sein unermeßlich reiches, tiefes wissenschaftliches wie praktisches Lebenswerk und seine gewaltige, aus einem Gusse gegossene Persönlichkeit geschrieben worden ist, die sich ganz, rückhaltlos, ohne Schachern und Feilschen, in den Dienst des Proletariats stellte. Dafür wollen wir kurz andeuten, was die proletarische Frauenbewegung, ja, die Frauenbewegung überhaupt, ihm im besonderen zu danken hat.

¹Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 432. *Die Red.*

Gewiß: Marx hat sich nie mit der Frauenfrage „an und für sich“ und „als solcher“ beschäftigt. Trotzdem hat er Unersetzliches, hat er das Wichtigste für den Kampf der Frau um volles Recht geleistet. Mit der materialistischen Geschichtsauffassung hat er uns zwar nicht fertige Formeln über die Frauenfrage, wohl aber Besseres gegeben: die richtige, treffsichere Methode, sie zu erforschen und zu begreifen. Erst die materialistische Geschichtsauffassung hat es uns ermöglicht, die Frauenfrage im Flusse der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung, im Lichte der allgemeinen sozialen Zusammenhänge in ihrer historischen Bedingtheit und Berechtigung klar zu verstehen, ihre bewegenden und tragenden Kräfte zu erkennen, die Ziele, denen diese zutreiben, die Bedingungen, unter denen allein die aufgerollten Probleme ihre Lösung zu finden vermögen.

Zerschmettert sank der alte Aberglaube in den Staub, daß die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft ein ewig Unwandelbares sei, das nach sittlichen Gesetzen oder göttlichen Vorschriften geschaffen. Klar enthüllte es sich, daß die Familie wie die übrigen Einrichtungen und Daseinsformen der Gesellschaft einem steten Werden und Vergehen unterworfen ist und sich wie sie mit den Wirtschaftsverhältnissen und der von ihnen getragenen Eigentumsordnung wandelt. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Produktivkräfte aber ist es, welche diese Wandlung treibt, indem sie die Produktionsweise umwälzt und sie in Gegensatz zu der Wirtschafts- und Eigentumsordnung stellt. Auf dem Untergrund der revolutionierten wirtschaftlichen Verhältnisse und Zusammenhänge vollzieht sich dann die Revolutionierung des Denkens der Menschen, ihr Streben, den gesellschaftlichen Überbau in seinen Einrichtungen den Veränderungen an der wirtschaftlichen Grundlage entsprechend umzugestalten, das in Eigentumsformen und Herrschaftsverhält-

nissen Erstarre zu beseitigen. Die Kämpfe der Klassen sind es, mittels deren sich dieses Streben durchsetzt.

Aus der Vorrede Engels' zu seiner lichtvollen Studie über den „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ wissen wir, daß die hier entwickelten theoretischen Gedankengänge und Gesichtspunkte zum guten Teile eine Marxsche Hinterlassenschaft sind, deren der Freund als ein unvergleichlich getreuer und genialer Testamentsvollstrecker gewaltet hat.

Was immer davon im einzelnen als Hypothese ausgeschieden werden kann, ja, ausgeschieden werden muß: als Ganzes gibt uns das Werk eine blendende Fülle klarer theoretischer Einsicht in die vielverschlungenen Bedingungen, unter denen sich die heutige Form der Familie und der Ehe unter dem Einfluß der Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse allmählich entfaltet hat. Und diese Einsicht lehrt uns nicht bloß die Stellung der Frau in der Vergangenheit richtig bewerten, sie schlägt vielmehr auch eine tragfeste Brücke für das Verständnis der sozialen Lage, der privatrechtlichen und staatsrechtlicher Stellung des weiblichen Geschlechtes in der Gegenwart.

Daß unwiderstehliche, unaufhaltsame geschichtliche Kräfte in der heutigen Gesellschaftsordnung an der Arbeit sind, um diese Lage und Rechtsstellung von Grund aus zu revolutionieren und die Gleichberechtigung des Weibes herbeizuführen, das geht aus dem „Kapital“ mit überzeugender Macht hervor. Indem hier Marx mit klassischer Meisterschaft der Entwicklung und dem Wesen der kapitalistischen Produktion bis in ihre feinsten Verästelungen, ihre verworrensten Phasen zergliedernd nachgeht und das ihr eigene Bewegungsgesetz in der Theorie vom Mehrwert entdeckt, hat er – zumal in den Ausführungen, welche die Frauen- und Kinderarbeit behandeln – schlüssig nachgewiesen, daß der Kapitalismus die Grundlage für die alte hauswirtschaftliche Tätig-

keit der Frau zerstört, damit die überkommene Familienform auflöst, die Frau außerhalb der Familie ökonomisch selbstständig und so den festen Boden für ihre Gleichberechtigung als Gattin, Mutter und Staatsbürgerin baut. Aus Marx' Werken erhellt aber auch das andere: daß das Proletariat allein die revolutionäre Klasse ist, welche mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung die unerläßlichen sozialen Vorbedingungen für die volle Lösung der Frauenfrage zu schaffen vermag und schaffen muß. Davon abgesehen, daß die bürgerliche Frauenrechtelei die soziale Befreiung der Proletarierin weder erkämpfen will noch erkämpfen kann, erweist sie sich auch als ohnmächtig, die schweren neuen Konflikte zu lösen, welche auf dem Boden der sozialen und juristischen Gleichstellung der Geschlechter in der kapitalistischen Ordnung erwachsen müssen. Diese Konflikte verschwinden erst, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mit den durch sie bedingten Gegensätzen überwunden ist.

Was das „Kapital“ in wissenschaftlicher Forschung über das Zerbröckeln der Familie und seine Ursachen lehrt, das faßt das „Kommunistische Manifest“ – Marx' und Engels' gemeinsames Werk – in Sätzen von lapidarer Wucht zusammen:

„Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftäußerung erheischt, d. h. je mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr wird die Arbeit der Männer durch die der Weiber und Kinder verdrängt. Geschlechts- und Altersunterschiede haben keine gesellschaftliche Geltung mehr für die Arbeiterklasse. Es gibt nur noch Arbeitsinstrumente, die je nach Alter und Geschlecht verschiedene Kosten machen . . .

Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt . . .

Die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft sind schon vernichtet in den Lebensbedingungen des Proletariats. Der Proletarier ist eigentumslos; sein Verhältnis zu Weib und Kindern hat nichts mehr gemein mit dem bürgerlichen Familienverhältnis . . .

Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existiert sie nur für die Bourgeoisie; aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution . . .

Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältnis von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr infolge der großen Industrie alle Familienbände für die Proletarier zerrissen und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden.“¹

Marx öffnet uns aber nicht bloß die Augen dafür, daß die geschichtliche Entwicklung zertrümmert, er erfüllt uns auch mit der sieghaften Überzeugung, daß sie Neues, Höheres, Vollkommeneres aufbaut.

„So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint“, lesen wir im „Kapital“, „so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter.“²

Stolz und mit überlegenem Hohne stellen Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ den schmutzigen Verdächti-

¹ Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. I, S. 30, 26, 33, 39. *Die Red.*

² Karl Marx, „Das Kapital“, Erster Bd., S. 515. *Die Red.*

gungen dieses Zukunftsideals die erbarmungslose Charakterisierung des Gegenwartszustandes entgegen:

„Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument. Er hört, daß die Produktionsinstrumente gemeinschaftlich ausgebeutet werden sollen, und kann sich natürlich nichts anderes denken, als daß das Los der Gemeinschaftlichkeit die Weiber gleichfalls treffen wird.

Er ahnt nicht, daß es sich eben darum handelt, die Stellung der Weiber als bloßer Produktionsinstrumente aufzuheben.

Übrigens ist nichts lächerlicher als das hochmoralische Entsetzen unsrer Bourgeois über die angebliche offizielle Weibergemeinschaft der Kommunisten. Die Kommunisten brauchen die Weibergemeinschaft nicht einzuführen, sie hat fast immer existiert.

Unsre Bourgeois, nicht zufrieden damit, daß ihnen die Weiber und Töchter ihrer Proletarier zur Verfügung stehen, von der offiziellen Prostitution gar nicht zu sprechen, finden ein Hauptvergnügen darin, ihre Ehefrauen wechselseitig zu verführen.

Die bürgerliche Ehe ist in Wirklichkeit die Gemeinschaft der Ehefrauen. Man könnte höchstens den Kommunisten vorwerfen, daß sie an der Stelle einer heuchlerisch versteckten eine offizielle, offenherzige Weibergemeinschaft einführen wollten. Es versteht sich übrigens von selbst, daß mit Aufhebung der jetzigen Produktionsverhältnisse auch die aus ihnen hervorgehende Weibergemeinschaft, d. h. die offizielle und nichtoffizielle Prostitution, verschwindet.“¹

Was die Frauenbewegung Marx verdankt, ist jedoch keineswegs damit erschöpft, daß er, wie kein anderer, helles Licht auf den qualenreichen Entwicklungsgang warf, der das weibliche Geschlecht aus sozialer Knechtschaft zur Freiheit, aus Verkümmern zu harmonischem, kraftvollem Menschen-

¹ Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. I, S. 39/40. *Die Red.*

tum emporführt. Durch seine tiefgreifende, scharfsichtige Analyse der Klassengegensätze in der heutigen Gesellschaft und ihrer Wurzeln hat er den Blick für den unüberbrückbaren Gegensatz der Interessen geöffnet, welcher die Frauen der verschiedenen Klassen trennt. Gleich schillernden Seifenblasen zerstieben in der Luft der materialistischen Geschichtsauffassung die „Liebessabbeleien“ von der einen großen „Schwesternschaft“, die vorgeblich ein einigendes Band um Bourgeoisdamen und Proletarierinnen schlingt. Marx hat das Schwert geschmiedet und gebrauchen gelehrt, welches die Verbindung zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Frauenbewegung zerhauen hat; er hat aber auch die Kette der Einsicht geschmiedet, welche die erstere unlöslich mit der sozialistischen Arbeiterbewegung zusammenschließt, dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats angliedert. So hat er unserem Kampfe die Klarheit und die Größe, die Erhabenheit des Zieles gegeben.

Ein unermeßlicher Reichtum an Tatsachen, Erkenntnissen und Anregungen zur Frage der Frauenarbeit, zur Lage der Arbeiterinnen, zur Begründung des gesetzlichen Arbeiterschutzes usw. ist in dem „Kapital“ angehäuft. Es ist eine unerschöpfliche geistige Rüstkammer für unseren Kampf um die Augenblicksforderungen wie um das hehre sozialistische Zukunftsziel. Marx erzieht uns zur richtigen Würdigung der kleinen, oft kleinlichen Arbeit des Tages, die gerade zur Hebung der Kampftüchtigkeit der Proletarierinnen von brennender Notwendigkeit ist. Er hebt uns aber auch empor zu der festen, weitsichtigen Wertung des großen revolutionären Ringens um die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, ohne welche die sozialistische Gesellschaft und die Befreiung des weiblichen Geschlechtes glänzende Träume bleiben. Er erfüllt uns vor allem mit der Überzeugung, daß es das erhabene Ziel allein ist, welches der Tagesarbeit Wert und Bedeutung

verleiht. So bewahrt er uns davor, über dem Gedränge der einzelnen Erscheinungen, Aufgaben und Erfolge die große grundsätzliche Erkenntnis vom Wesen unserer Bewegung einzubüßen und über der aufreibenden Tagesmühsal den Blick für den weiten geschichtlichen Horizont zu verlieren, an welchem die Morgenröte der neuen Zeit empordämmert. Wie er der Meister des revolutionären Gedankens ist, so bleibt er der Führer im revolutionären Kampfe, dessen Schlachten mitzuschlagen die Pflicht und der Stolz, das Glück und der Ruhmestitel der proletarischen Frauenbewegung ist.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Stuttgart, 25. März 1903.

Die Aufgaben des Parteitag zu Dresden

September 1903

Der bevorstehende Parteitag zu Dresden tritt unter bedeutsamen Umständen zusammen, und wichtige Aufgaben sind es, die seiner harren. Ihm geht ein glänzender, ruhmreicher Sieg der Sozialdemokratie voraus. Die Partei des klassenbewußten Proletariats ist mit mehr als drei Millionen Wählern bald die stärkste Partei des Reiches, sie verfügt über 82 eroberte Mandate. Sieg und Macht verpflichten. Die Stärke des gemusterten Heeres, der Vorteil der errungenen parlamentarischen Position müssen im höchsten Maße den Interessen des arbeitenden Volkes, der Gesamtheit und damit dem Ziele der Sozialdemokratie dienstbar gemacht werden. Dazu drängt das Bewußtsein der gesteigerten Verantwortlichkeit innerhalb der Sozialdemokratie selbst; das heischen die Bedürfnisse der breiten Massen, die immer sehnsuchtsvoller, einsichtsreicher zu höherer Kultur emporstreben; das bedingt der Zusammenbruch des bürgerlichen Liberalismus und seine erwiesene Unfähigkeit, Träger der zeitgemäßen Gestaltung und Entwicklung unseres sozialen Lebens zu sein.

Eine überquellende Fülle sozialer Reformarbeit größten wie kleinen Stiles, durchgreifender gesetzgeberischer Aufgaben tritt an die Partei heran. Auf allen Gebieten springt die Notwendigkeit gründlichen Wandels in die Augen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung und Arbeiterversicherung schreien förmlich nach Fort-

schritten. Die Koalitionsfreiheit der Werktätigen muß endlich gegen Textauslegung, Polizeiwilkkür und Unternehmergewalt sichergestellt werden, das Vereins- und Versammlungsrecht aller Gesellschaftsglieder ist freiheitlich und einheitlich zu regeln. Der organische Ausbau der Volksbildung wie der Kampf gegen das Wohnungselend von seiten des Reiches sind unabweisbar. Der Dalles in den Kassen der Bundesstaaten wie im Reichsschatz fordert gebieterisch eine Reichsfinanz- und Steuerreform. Die Strafrechtspflege entsprechend den Forderungen der veränderten ethischen Begriffe und fortgeschrittenen Einsicht umzugestalten, ist dringend nötig. Es gilt, den Kampf gegen den Militarismus – wie gegen seine Geschwister Marinismus und Weltpolitik – mit aller Energie in grundsätzlicher Schärfe weiterzuführen. Dem Rechte der Frau als Persönlichkeit in der Familie, als Bürgerin in Staat und Gemeinde muß gesetzliche Anerkennung errungen werden usw. usw.

Des weiteren und nicht zum wenigsten steht die Sozialdemokratie vor der Notwendigkeit, die gesetzlich gewährleistete Grundlage ihrer politischen, gesetzgeberischen Mitarbeit an der Gestaltung des sozialen Lebens gegen die Reaktion verteidigen zu müssen. Die Giesebrecherei¹ schleicht im Dunkeln zur Meuchelung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrechts. Gewiß: Der praktische Wert ihrer Treiberei darf nicht überschätzt werden. Allein, es wäre gefährlich, ihre symptomatische Bedeutung zu verkennen. Sie weist unzweideutig darauf hin, daß das Ringen des klassenbewußten Proletariats sich immer mehr zu einem Kampf um die Eroberung der politischen Macht zuspitzt. Sie ruft zur Kampagne für die Demokratisierung des Wahlrechts im Reiche, in den Bundesstaaten und Gemeinden.

Endlich ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, dahin zu

¹ Wilhelm von Giesebrecht (1814–1889), reaktionärer deutscher Historiker.
Die Red.

wirken, daß der lebendige Quell alles parlamentarischen Einflusses, aller politischen Macht auch in Zukunft stark und rein fließt: Das proletarische Klassenbewußtsein muß immer mehr geklärt und geschult werden. Die Agitation durch Wort und Schrift hat für Ausbreitung und Vertiefung des sozialistischen Gedankens unter den Volksmassen zu sorgen, hat den Sozialismus als einheitliche Weltanschauung von höchster sittlicher und kultureller Kraft in ihrem Bewußtsein wie im Leben jedes einzelnen zur Geltung zu bringen. In gewissenhafter Beratung wird der Parteitag zu Dresden nach den erfolgreichsten Mitteln und Wegen für die Sozialdemokratie suchen, den angedeuteten vielseitigen Pflichten gerecht zu werden.

Damit jedoch diese seine Erörterungen praktisch fruchtbar seien, darf er sich einer Aufgabe nicht entziehen. Er muß in aller Klarheit und Bestimmtheit aussprechen, wie die Sozialdemokratie ihre Gegenwartsarbeit leisten, ihr Zukunftsziel erstreben soll: als proletarisch-revolutionäre Klassenkampfpartei oder als „sozialistisch-demokratische Reformpartei“. Diese Frage, welche die Partei bereits seit 1898 beschäftigt, ist nämlich neuerlich vom Genossen Bernstein mit der bekannten Forderung angeschnitten worden, die Vizepräsidentenstelle unter allen Umständen zu beanspruchen, auch um den Preis eines Kotaus vor dem Kaiserthron. Freunde Bernsteins haben den Vorschlag geringschätzig als „qualifizierte Dummheit“, Taktlosigkeit, Ungeschicklichkeit und anderes bezeichnet. Unseres Erachtens haben sie ihm damit unrecht getan und sind seiner Bedeutung nicht gerecht geworden. Bernstein ist zu seiner Forderung in konsequenter Weiterentwicklung der revisionistischen Gedankengänge gekommen, die er seit Jahren spinnt. Wer darüber noch nicht im klaren ist, der kann durch Genossen Vollmars Ausführungen zu der Streitfrage belehrt werden. In richtiger Wertung wendeten sich deshalb die Genossen in recht vielen

Parteiversammlungen nicht bloß gegen den Vorschlag an und für sich, sie verurteilten ihn vielmehr als praktische Frucht des Revisionismus mit aller Schärfe. Von verschiedenen Seiten ist verlangt worden, die Fraktion und nicht die Partei selbst solle in der strittigen Frage das entscheidende Wort sprechen. Das dünkt uns ungerechtfertigt und undemokratisch. Die Fraktion steht innerhalb der Partei und nicht über ihr. Sicherlich, daß sie nicht aus Schulbuben besteht, denen jedes Recht der Bestimmung versagt ist. Aber ebenso zweifelsohne, daß ihr Entscheidungsrecht nur innerhalb der Grenzen der grundsätzlichen und taktischen Auffassung gilt, welche für die Partei im allgemeinen bindend ist. Und gerade weil Bernsteins Vorschlag mehr ist als eine flüchtige Zufalls-laune: das legitime Kind einer veränderten Auffassung von unserer Taktik – so kommt es der Partei und nicht der Fraktion zu, die Entscheidung zu fällen.

Eine neue Auffassung von der Stellung der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Welt liegt auch zu guter Letzt der vom Parteivorstand gerügten Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Organen vom Schlage der „Zukunft“ zugrunde, einer Zeitschrift, die unter dem Deckmantel der Parteilosigkeit die Geschäfte des Junkertums, der Bismärckerei, besorgt und die Sozialdemokratie in der gehässigsten Weise beschimpft hat.¹ Es ist deshalb nur richtig, daß der Parteitag auch darüber sich äußert. Einzelne Genossen haben sich über die Entscheidung des Parteivorstandes als über einen „Ukas“ zur Beschränkung der Meinungsfreiheit erregt. Wir zu unserem Teil finden die Erregung darüber begreiflicher, daß eine solche Entscheidung nötig geworden war und ist.

Die Masse der Parteigenossen hat über ihre Stellungnahme zu beiden Fragen kaum einen Zweifel gelassen. Den Auseinandersetzungen der letzten Jahre über die Grundsätze und die

¹ Siehe S. 231 ff. des vorliegenden Bandes, *Die Red.*

Taktik der Partei stand sie als bloßer „theoretischer Spielerei“ fast gleichgültig gegenüber. Heute dagegen ist sie es, die zu einer Klärung drängt. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung hat seither gegen die tatsächlichen Voraussetzungen des Revisionismus so respektlos mit dem Hammer philosophiert, daß die Genossen des ewigen Tüftelns, Deutelns und Zweifelns an unserer grundsätzlichen Auffassung müde sind. Sie haften gewiß nicht am toten Buchstaben und an Formelwerk. Wohl aber weisen sie eine Revision zurück, die unsere geschichtlich gestützten Grundsätze an Abstraktionen mißt, welche am Schreibtisch reifen und nicht in der Wirklichkeit des Lebens.

Nach den ausgiebigen Erörterungen der aufgerollten Frage in der Presse und in Versammlungen kann unseres Dafürhaltens die Diskussion des Parteitags darüber kurz sein. Der Vorbereitung der Sozialdemokratie für Arbeit und Kampf werden die klärenden Debatten des Parteitags über die Taktik nur förderlich sein. Die wichtigste Vorbedingung für erfolgreiche Arbeit und sieghaften Kampf ist die unzweideutige Klarstellung, in innerlich festgefügter Einheitlichkeit als proletarisch-revolutionäre Klassenpartei auf dem Plane zu stehen. Das bewußte Festhalten dieses ihres Charakters hat die Sozialdemokratie von Siegen zu Siegen geführt, ihm verdankt sie den Riesenerfolg der letzten Reichstagswahl. Das Festhalten an diesem ihrem Charakter verbürgt ihr künftige Errungenschaften und den endgültigen Triumph. Das alte revolutionäre Banner wird über den Verhandlungen wehen, zu denen die Vertreter der Partei sich in der roten Hauptstadt des roten Königreichs zusammenfinden.

Glück auf zu ihrer Arbeit!

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 9. September 1903.

Gegen die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der „Zukunft“¹⁾

*Rede auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Dresden*

14. September 1903

Es ist gesagt worden, die Resolution des Parteivorstandes über die Mitarbeiterschaft einzelner Genossen an der „Zukunft“ habe eine tiefgehende Erregung in Parteikreisen hervorgerufen. Eine Erregung gewiß, es fragt sich nur, in welchem Sinne und in welchen Kreisen. („Sehr gut!“) Wenn man davon spricht, daß diese Resolution in den weitesten Kreisen Ent-rüstung erregt habe, so verwechselt man den breiten Ozean unseres Parteilebens mit dem Glase Wasser einer kleinen Anzahl von schriftstellerisch tätigen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.) In jenem Glase Wasser nur hat sich ein Sturm der Ent-rüstung ob bedrohter Meinungsfreiheit erhoben. Im großen Ozean unseres Parteilebens haben sich auch Wellen der Ent-rüstung gekräuselt, aber nur darüber, daß überhaupt eine solche Resolution notwendig wurde. („Sehr richtig!“) Man war darüber empört, daß der Parteivorstand es nötig hatte, in der mildesten und schonendsten Form, die er wählen konnte, einzelne Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß es für ihre schriftstellerische Tätigkeit Grenzen gibt, die sie kraft der Moral, kraft des politischen Reinlichkeitsempfindens als Partei-genossen nicht überschreiten dürfen. („Sehr wahr!“)

Nun hat man hier meiner Ansicht nach den Versuch un-
ternommen, den wahren Kernpunkt der Streitfrage vollkommen

¹⁾ Siehe S. 229 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

zu verschieben. („Sehr richtig!“) Man hat es so dargestellt, als ob es sich lediglich um ein Literatengezänk zwischen Mehring und Harden handle. Das ist durchaus unzutreffend. Wenn aber irgend jemand dazu beigetragen hat, diese ganze Diskussion von der Höhe einer grundsätzlichen Auseinandersetzung auf das Niveau von Literatengezänk herunterzudrücken, dann waren es die Genossen, die mit allerlei kleinlichem, persönlichem – ich möchte fast sagen – Altweibergerede (Heiterkeit.) hierhergekommen sind, alte Erinnerungen von Soupers usw. ausgegraben haben, die mit der Sache nichts zu tun haben. („Sehr gut!“) Für uns liegt die Frage nicht so: Wie steht Harden zu Mehring, sondern wie steht Harden und seine „Zukunft“ zur Partei? Unter diesem Gesichtswinkel haben wir zu prüfen, ob es Parteigenossen erlaubt sein kann, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten. („Sehr richtig!“) Bei der Behandlung der Sache muß einmal berücksichtigt werden der konkrete Einzelfall der Mitarbeiterschaft an Hardens „Zukunft“ und dann die allgemeine Frage, ob es im Parteiinteresse wünschenswert ist, daß hervorragend schriftstellerisch tätige Genossen einen Teil ihrer Kraft der gegnerischen Presse widmen.

Ich habe nicht nötig, alle jene Beschuldigungen gehässigster Art zurückzuweisen, die gegen Mehring erhoben worden sind, das hat Kautsky in der glänzendsten Weise getan. Ich will nur hinzufügen, daß die Genossen, die uns hier unterhalten haben mit jenen den älteren Parteigenossen wohlbekannten Auszügen aus alten Mehringschen Schriften von 1879 und 1880, viel besser tun würden, uns zu unterhalten mit den glänzenden Ausführungen über die sozialistische Gedankenwelt, die Mehring in seinem Vorwort zum Nachlaß von Marx und Engels und in anderen Werken noch gemacht hat. (Lebhafteste Zustimmung.) Dann würden die Genossen ganz anders urteilen und auch begreifen, daß niemand, der diese Werke liest, die Auffassung von Braun teilen kann, Mehring sei zu uns gekom-

men, ein abscheulicher Lügner, dessen Bekehrung nicht ernst gewesen sei. Nein, daraus gewinnen wir die Überzeugung, daß der sozialistische Gedanke in Mehring eine solch lebendige Kraft gewonnen hat, daß er durchaus als einer unserer berufensten überzeugten Kämpfer in Reih und Glied mit uns steht und daß wir nicht das Recht haben, seine jetzige Gesinnungstreue zu bezweifeln. („Sehr richtig!“)

Was den konkreten Fall der Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ betrifft, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß es für Genossen unzulässig ist, für diese Zeitschrift auch nur eine Zeile zu schreiben. Schlüssig wird das durch vorliegendes Material bewiesen. Ich greife davon nur einzelnes heraus. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, in welcher bubenhafter Weise die russischen Freiheitskämpfer in der „Zukunft“ geschildert sind. Wenn es je in der Geschichte der Befreiungskämpfe aller Länder Männer und Frauen gegeben hat, die es verstanden haben, die Größe des antiken Helden mit der Selbstlosigkeit des christlichen Märtyrers zu vereinigen, dann sind es die russischen Revolutionäre gewesen. (Stürmischer Beifall.) In einem Organ, das diese Männer und Frauen, die zu den Edelsten und Besten aller Länder und Zeiten gehören, deren Wirken gegenüber wir alle das Gefühl haben müssen: Zieh deine Schuhe aus, der Boden, wo du stehst, ist heilig! – in einem Organ, wo diese Leute so beschimpft werden, muß es nicht nur für einen Sozialisten, sondern für jeden anständigen Menschen unmöglich sein zu schreiben. (Stürmischer Beifall.)

Nun ist gesagt, daß trotz alledem die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ gestattet sein müsse, weil sie von erheblicher Bedeutung sei im Hinblick auf die Aufklärung der bürgerlichen Gesellschaft über die sozialistische Ideenwelt. Wie unbegründet diese Auffassung ist, beweist die eine Tatsache, daß in Genosse Hardens „Zukunft“ (Große Heiterkeit.) – ich nehme diesen Aus-

druck selbstverständlich als eine Realinjurie gegen den Parteitag feierlichst mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück (Erneute Heiterkeit.) – was ich sagen wollte, war das Folgende: Wie unbegründet die Auffassung ist, daß Sozialdemokraten durch die Mitarbeit an der „Zukunft“ eine Umwälzung in der Auffassung bürgerlicher Kreise herbeiführen können, bezeugt die „Zukunft“ selbst, die sich seit langen Jahren der Mitarbeiterschaft hervorragender Parteigenossen erfreut. (Bebel: „Und Genossinnen!“) Diese Zeitschrift konnte nach den großen Kämpfen um den Zolltarif erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion das Parlament in eine Kutscherschwemme verwandelt hätte. („Hört! Hört!“) Sie sehen also, wie erzieherisch die Mitarbeit von Genossen an der „Zukunft“ gewirkt hat! Und ist es möglich, durch die Artikel in der „Zukunft“ tatsächlich in unsere Gedankenwelt einzuführen? Ich verneine das, denn alle jene Artikel, die dort von einzelnen Parteimitgliedern erschienen sind, führen im großen und ganzen nicht in unsere Gedankenwelt hinein („Sehr richtig!“), sie machen vielmehr die Leser nur mit den Liebhabereien einzelner schreibender Genossen bekannt. (Zustimmung.)

Es ist zum Beispiel nicht eine Parteimeinung, sondern eine Beleidigung der Partei, wenn Bernhard dort die Auffassung vertritt, wir hätten eine Wissenschaft mit doppeltem Boden, eine für den blinden Hödur der Massen und eine für die Wissenden, die sie sich mit Augurenlächeln beim Biertopf sagen, um mit Herrn Harden zu reden. (Zuruf: „Oder beim Wein!“) Und der Artikel über die Religion des Kaisers steht meiner Ansicht nach in direktem Gegensatz zu unserer Auffassung der Religion als Privatsache. Soweit es sich um die religiöse Auffassung des Kaisers als Persönlichkeit handelt, haben wir nicht mit untersuchender Hand in seine ganz persönlichen Anschauungen hineinzugreifen. Wir haben sie zu respektieren, wie die jeder anderen Persönlichkeit. Eine Ausnahme wäre

nur zulässig, wenn es sich um eine religiöse Auffassung von entscheidender wissenschaftlicher Bedeutung handelte. Da dies keineswegs der Fall ist, können wir es den höfischen Lakaien der Bourgeoisie überlassen, sich mit der Religion des Kaisers zu beschäftigen. („Sehr richtig!“) Sobald aber die Religion des Kaisers aufhört, Privatsache zu sein und Einfluß auf die Gestaltung unseres politischen Lebens zu gewinnen strebt, wird die Auseinandersetzung mit ihr zum politischen Kampf. Er muß unsererseits in unserer eigenen Presse geführt werden. Am allerwenigsten darf es in der „Zukunft“ geschehen. Die mehr oder minder persönliche Fronde gegen den Kaiser ist ja der Sportartikel, mit dem die betriebsame Firma ihre besten Geschäfte macht. (Lebhafte Zustimmung.) Auch eine Reihe anderer Artikel der „Zukunft“ sind nicht geeignet, in die sozialistische Ideenwelt einzuführen.

Die „Zukunft“ des Herrn Harden steht uns direkt gegensätzlich gegenüber, sie steht in bezug auf ihre Tendenz, ihren Charakter nicht höher als die „Woche“ oder der „Lokal-Anzeiger“, sie ist genauso ein parteiloses, das heißt charakterloses, dem Geschäft gewidmetes Unternehmen wie jene Blätter. („Sehr richtig!“) Wir haben die Organe dieser sogenannten parteilosen Presse zu bewerten unter dem Gesichtswinkel, auf den schon Lassalle hingewiesen hat, indem er sagte, sie sind Geldschlagemaschinen für den Bourgeois. Er sagte: „Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Kattun fabrizieren oder Tuche oder an der Börse spielen. Aber daß man um schnöden Gewinnstes willen alle Brunnen des Volksgeistes vergifte und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren krenzenze, es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann.“ Lassalle hat damit bereits auf die andere Seite dieser parteilosen Presse hingewiesen.

In dem Jahrhundert Darwins geht es nicht mehr an, die Masse der Sklaven des Kapitals, die Ausgebeuteten und Enterbten,

lediglich durch das Wort des Priesters in der Kirche in geistiger Verdummung zu erhalten. Die parteilose Presse ist das ins Weltliche übersetzte Gegenstück der Kirche. Sie hat genau dieselbe Mission wie die Kirche im Dienste der Bourgeoisie zu erfüllen, nämlich das Klassenbewußtsein des werktätigen Volkes zu vergiften. („Sehr wahr!“) Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist jene Presse noch viel gefährlicher für unsere Bestrebungen als die Presse bestimmter feindlicher Parteirichtungen. Gegen die Gedankengänge, die der Geistliche im Talar beibringen will, können sich die Massen sehr leicht schützen, der Geistliche steht an bestimmter Stelle und trägt gleichsam die Uniform seines Amtes. Aber die parteilose Presse kommt unter der Maske des falschen Freundes in die Kreise der Arbeiter.

Wir erklären es und die ganze Parteipresse erklärt es wieder und wieder für eine unserer wichtigsten Aufgaben, die bürgerliche Presse jeder Schattierung, insbesondere die parteilose, aus jedem Arbeiterheim hinauszubringen. Wir rechnen es dem einzelnen Genossen als Schimpf an, wenn er durch sein Abonnement jene Presse unterstützt. Können wir da den schreibenden Genossen die Ausnahmestellung zubilligen, daß sie durch ihre Mitarbeiterschaft die parteilose Presse interessant und pikant machen und dazu beitragen, sie in manche Kreise einzuschmuggeln, wohin sie ohne die Mitarbeiterschaft der Genossen nicht gelangen würde? („Sehr gut!“) Auch unter diesem Gesichtspunkt können wir uns nur der Resolution des Parteivorstandes anschließen.

Aber es kommt für die Entscheidung in dieser Frage noch ein letzter, zwingender Grund in Betracht. Die Frage der Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Organen ist eine Frage der Taktik. Sie hängt zusammen mit unserer Gesamtauffassung, wie wir als Sozialdemokraten zur bürgerlichen Gesellschaft stehen. Es scheint, daß in den Kreisen der Genossen, die die Mitarbeiterschaft befürworten,

eine eigenartige Auffassung vorhanden ist über unser Verhältnis zur bürgerlichen Welt überhaupt. Das Ganze läuft im Grunde genommen auf die Frage hinaus: Können wir uns mit der bürgerlichen Welt vertragen, können wir sie durch Überredung und gute Manieren zu uns herüberziehen, oder müssen wir die bürgerliche Welt überwinden? Das wird ja bei der Frage der Taktik eingehend erörtert werden. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß ich die gekennzeichnete Auffassung für irrig halte. Meiner Meinung nach bedingt dies das Wesen des Klassenkampfes, das über unsere Taktik entscheidet. Wenn die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent, das man aufwendet, um vielleicht mal diesen oder jenen Bourgeois überreden zu können, daß wir nicht so schlimme Gesellen sind, als früher angenommen wurde, wenn man, so sage ich, die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent auf die Revolutionierung der Massen verwenden würde, so würde man statt anderthalb flauer Genossen aus der Bourgeoisie Hunderttausende von wirklichen Kämpfern gewinnen.

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903“.
Berlin 1903, S. 178–181.

Um den Zehnstudentag

November 1903

Wenn diese Nummer unserer Zeitschrift erscheint, so ist fast ein volles Vierteljahr verstrichen, seitdem in der Crimmitschauer Textilindustrie der Kampf um den Zehnstudentag entbrannte.^[26] Entbrannte lediglich kraft des Willens der Textilgewaltigen, die, vom kurzfristigsten Profitbegehren gestachelt, die Forderung der gesamten Arbeiterschaft nach der Verkürzung des Arbeitstags, den Ausstand des Arbeitspersonals von fünf Betrieben mit der Massenaussperrung von mehr als 7000 Lohnsklaven beantworteten. Und der nämliche Wille ist es, kraft dessen der Kampf bis heute weitertobt. Die Hartnäckigkeit, mit welcher die Crimmitschauer Textilbarone jeden ernstlichen Vorschlag zu einer Verständigung, jede Anregung neuerlicher Verhandlungen vor dem Gewerbegericht zurückgewiesen haben, kann nur bei freiwillig Blinden einen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die Herren um jeden Preis die Machtprobe bis zu Ende durchführen wollen. Eine Machtprobe, deren Zweck es ist, jenes unbeschränkte Herrsein im eigenen Hause zu befestigen, das dem Kapitalisten ermöglicht, „seinen“ Arbeitern und Arbeiterinnen zuzurufen: „Die Industrie bin ich, der Betrieb bin ich!“ Eine Machtprobe, welche vor allem auch die verhältnismäßig noch jungen Kolonnen der gewerkschaftlich organisierten Textilarbeiter in Crimmitschau sprengen, ihren treuen Schützer, den Verband, kom-

promittieren, seine Kassen leeren und ihn dadurch für längere Zeit kampfunfähig machen soll. Unverhüllt tritt diese Absicht zutage, wenn man bedenkt, wie berechtigt und wie durchführbar die umstrittene Forderung ist.

Berechtigt: Denn jede Stunde weniger, die die Arbeiter und Arbeiterinnen der Maschine dienen müssen – statt sich ihrer bedienen zu können –, in der sie zu einem lebendigen Anhängsel des toten Räderwerkes herabgewürdigt werden, ist ein Gewinn für ihr Menschentum, bringt eine Ersparnis an Gesundheit und Lebenskraft, verleiht ein Mehr an Bildungsmöglichkeit und Lebensglück, macht tüchtiger zur Pflichterfüllung in der Familie, im proletarischen Klassenkampfe für Freiheit und Kultur. Doppelt und dreifach berechtigt: Denn in der Mehrzahl sind es Frauen, für welche die Wohltat eines kürzeren Arbeitstages begehrt wird, Proletarierinnen, welche Mütter werden, aber auch Mütter sein sollen im höchsten Sinne des Wortes. Junge Mädchen, welche für die körperlichen und geistigen Anforderungen der Mutterschaft einen unangetasteten Schatz von Lebensfrische mitbringen, ein reiches Gut an Wissen und Wollen erwerben müßten. Verheiratete Frauen, die mit der Gesundheit des eigenen Leibes die gedeihliche Entwicklung des Kindes im Mutterschoß zu schützen haben, welche der Ruhe und Kraft bedürfen, um die Kleinen pflegen, ihr zartes leibliches und geistiges Leben behüten zu können. Bedarf es einer wuchtigeren, beredteren Begründung der erhobenen Forderung als die Zahlen über die entsetzlich hohe Kindersterblichkeit im Crimmitschauer Textilproletariat, die wir in früheren Nummern veröffentlicht haben? Sogar ein Unternehmerorgan, die „Textil- und Färberei-Zeitung“, hat gelegentlich des Crimmitschauer Kampfes geschrieben: „Namentlich hinsichtlich der Frauenarbeit können die medizinischen Akten darüber als geschlossen gelten, daß zehn Stunden das höchste Arbeitsquantum sind,

das der weibliche Körper ohne ernstliche Benachteiligung ertragen kann.“ Eine ernstliche Benachteiligung des weiblichen Körpers durch zu lange Erwerbsarbeit, was besagt das gleichzeitig anderes als auch eine ernstliche Gefährdung des Geschlechtes, das von dem überanstrengten, geschwächten mütterlichen Organismus getragen und geboren wird?

Und nichts weniger als eine Utopie, eine von heute auf morgen durchführbare bescheidene Reform ist es, gegen welche die Crimmitschauer Spinner- und Weberfürsten sich sträuben. In vielen Zweigen der deutschen Industrie ist dank der gewerkschaftlichen Organisation allgemein oder örtlich die Arbeitszeit schon seit Jahren auf 10, 9 $\frac{1}{2}$ und 9 Stunden, ja, hier und da noch darunter festgesetzt worden. In der englischen Textilindustrie wurde um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Zehnstudentag eingeführt, für die Arbeiterinnen durch den Zwang des Gesetzes, für die Arbeiter durch das Gebot praktischer Notwendigkeit, angesichts des Handinhandarbeitens der weiblichen und der männlichen Arbeitskräfte. Die letzte Erhebung über die Arbeitszeit der verheirateten Fabrikarbeiterinnen erweist, daß rheinisch-westfälische Textilfabriken sehr gut mit der zehnstündigen Arbeitszeit auskommen. Der Zehnstudentag ist in Forst und Cottbus in Betrieben eingeführt, welche die gleichen Waren erzeugen, die in Crimmitschau fabriziert werden. Die Meeraner Textilindustrie hat sich seit vorigem Jahre mit der zehnstündigen Arbeitszeit abgefunden. Warum sollte gerade in Crimmitschau nicht durchführbar sein, was sich so vielfach schon als Gewinn für die Arbeiterschaft, als Vorteil für die Industrie bewährt hat?

Jedoch trotz alledem haben die Fabrikanten der Stadt für die Forderung der Arbeiter nur ein kaltes, protziges „Nein!“ Wohl wäre der eine oder andere von ihnen zu einem Zugeständnis geneigt, sei es, weil er die Berechtigung und Durchführbarkeit der geheischten Reform einsieht, sei es, weil ihm

die weitere Dauer des Kampfes mit dem Verlust der Kundschaft, mit dem wirtschaftlichen Ruin droht. Aber über seinem persönlichen Willen steht der machtvollere gemeinsame Wille des örtlichen Fabrikantenvereins, des Verbandes der sächsischen Textilindustriellen, mit einem Worte: die Unternehmerorganisation. Mit starker Hand sorgt diese durch hohe Konventionalstrafen und erbarmungslose Niederkonkurrierung dafür, daß auch nicht einer der Kapitalisten aus der Reihe tanze, nicht einmal der Inhaber des Betriebs, für welchen der Kampf sachlich völlig gegenstandslos ist, da bei ihm der Zehnstundentag bereits besteht. Nicht der Nutzen oder Schaden des einzelnen Fabrikanten ist für sie ausschlaggebend, sie hat vor allem das kapitalistische Klasseninteresse zu wahren. Im Hinblick auf den heißbegehrten Profit mag dieses sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit abfinden. Im Hinblick auf die mit ihr verbundene Einschränkung der kapitalistischen Verfügungs- und Ausbeutungsmacht über die Person des Arbeitenden muß sie ihm ein Greuel und Scheuel sein.

Was alles haben nicht die organisierten Textilfabrikanten um des kapitalistischen Klasseninteresses willen getan? Sie überlieferten gegen 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen samt ihren Angehörigen den bittersten Entbehrungen. Sie legten damit das wirtschaftliche Leben der Stadt lahm, denn ein Drittel ihrer Bevölkerung ist zum Feiern gezwungen, ist in seiner Kaufkraft aufs äußerste beschränkt und trägt die eigene Not in die Kreise der Kleinkaufleute, Handwerker usw. hinein. Sie setzen die Kundschaft der Crimmitschauer Textilindustrie aufs Spiel und züchten geradezu in anderen Textilzentren eine gefährliche Konkurrenz für die Erzeugnisse der Crimmitschauer Spinnerei und Weberei.

Wie das kapitalistische Klasseninteresse auf der einen Seite die Unternehmer zusammenhält, so erweist sich das proletarische Klasseninteresse auf der Seite der Ausbeuteten als ein

ehern umklammernder Reif. Skrupellos hat das Kapital Organisierte und Unorganisierte, Männer und Frauen, Alte und Junge, Sozialdemokraten und Kriegervereinler brotlos aufs Pflaster geworfen. Treu und gewissenhaft stehen sie alle im Bewußtsein proletarischer Interessensolidarität im Kampfe für ihr gutes Recht gegen die Ausbeuter zusammen. Die Not hat bisher ihren unbeugsamen Willen nicht gebrochen; falsche Vorspiegelungen und Verdächtigungen waren ohnmächtig, Mißtrauen unter sie zu säen und die Bande des Zusammenhaltens zu lockern; der gleißende Zauber des Goldes vermochte sie nicht zu kirren. An ihrer festgeschlossenen Phalanx prallten alle kapitalistischen Machtmittel ab. Nicht zwingend, wohl aber beratend und stützend steht hinter ihnen der Verband, die gewerkschaftliche Organisation ihrer Berufsgenossen, die zuverlässige Verteidigerin ihrer proletarischen Klasseninteressen.

Es ist ein scharfer, erbitterter Klassenkampf, der sich in Crimmitschau abspielt. Wie unversöhnlich, unüberbrückbar der Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ist, der ihm zugrunde liegt, das beleuchtet eine Tatsache: daß er so heftig, so lange um die maßvolle Forderung des Zehnstudentags geführt wird. Eindringlichst führt er den Frauen und Männern des werktätigen Volkes zu Gemüt, daß es eine kapitalistische Klassenmacht gibt, die nicht überredet, nicht überzeugt werden kann, die gebrochen werden muß – auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens wie auf dem Gebiet des Staatslebens. Hat sich denn nicht zur Niederzwingung des Crimmitschauer Textilproletariats die politische Macht des Kapitalistenstaates zu der wirtschaftlichen Macht des Unternehmertums gesellt? Den „meuternden“ Lohnsklaven fallen die lokalen Straßenpolizeiverordnungen in den Arm, welche das Streikpostenstehen meucheln sollen; die Entscheidungen der Gerichtshöfe, welche in diesen Verordnungen keinen hohnvollen Gegensatz zu der reichsgesetzlichen Koali-

tionsfreiheit, zu dem Urteil des Reichsgerichts über die Zulässigkeit der Streikposten finden und sie als rechtens erklären; die Ministertelegramme, welche Beschwerden über gesetzwidrige Nücken und Tücken der Polizei nicht Gerechtigkeit widerfahren lassen, sondern von Pontius an Pilatus verweisen. Streikposten werden schikaniert, fortgewiesen, verhaftet, bestraft, Versammlungen aufgelöst, Flugblätter konfisziert. Ein außerordentliches Gendarmerieaufgebot kampiert in der Stadt, Gendarmen patrouillieren in den Straßen und stehen vor den Fabrikatoren Posten. Crimmitschau gleicht einer Stadt im Belagerungszustand, und dies, obgleich die kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen die musterhafteste Ruhe und Disziplin bewahren und nicht ein einziger Fall von Ausschreitung vorliegt. Der Kapitalist ist nicht bloß Herr im Hause seines Betriebes, er ist auch Herr im Hause der Gemeinde, des Staates.

Der Klassenkampf in Crimmitschau um den Zehnstudentag ist von hoher Wichtigkeit für das gesamte deutsche Proletariat. Die ausgemergelten tapferen Spinner und Spinnerinnen, Weber und Weberinnen kämpfen nicht bloß für Milderung der eigenen Pein durch Herabsetzung der Arbeitszeit, sie schlagen vielmehr eine bedeutungsreiche Schlacht für die allgemeine Verkürzung des Arbeitstages durch den Zwang des Gesetzes und die Macht der gewerkschaftlichen Organisation. Ihr Kampf beweist, daß das Bedürfnis nach der Verminderung der täglichen Arbeitsfron – ausgelöst von den Fortschritten der Produktionstechnik und der damit verbundenen intensiveren Anspannung und Ausbeutung der Arbeitskraft, ausgelöst vor allem auch durch den kulturellen Emporstieg des Proletariats – mit elementarer Gewalt auch aus den jämmerlichst gestellten Arbeiterschichten hervorbricht. Heute mit brutalen wirtschaftlichen und politischen Machtmitteln der Kapitalistensippe zurückgedämmt, muß es morgen schon da und dort um so höher emporlodern. Und wo von den Prole-

tariern die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses noch nicht genügend gewertet wurde, werden die Flammenzeichen der entfesselten Kämpfe sie eindrucksvoll beleuchten. Die Crimmitschauer Zehnstundenbewegung ist des weiteren die denkbar schärfste Brandmarkung der rückständigen, schwächlichen deutschen Sozialreform. Scharf umrissen wie die Gemeingefährlichkeit des kapitalistischen Herrenrechts läßt sie die Gewissenlosigkeit der gesetzgebenden Gewalten in Erscheinung treten, dieses Herrenrecht nicht wirksam etwas gezügelt zu haben. Weil es einem Händchen voll Textiljunkern gefällt, sich gegen eine Reform zu wehren, die halbwegs einsichtsvolle Gesetzgeber schon längst geschaffen haben sollten, müssen Tausende von Männern und Frauen die fleißigen Hände ruhen lassen, müssen mit den Ihrigen leiden, wird das Wirtschaftsleben einer ganzen Stadt aufs tiefste erschüttert. Welche Versündigung an dem Wohl und Wehe einer breiten Bevölkerungsschicht, ja, an den Interessen der ganzen Nation!

Möglich, daß die Ausbeutenden und Herrschenden taub bleiben für diese Lehren. Das Proletariat dagegen wird sie um so klarer erfassen und um so zielbewußter für seinen gewerkschaftlichen und politischen Kampf verwerten. Welches auch immer der Ausgang der Zehnstundenbewegung sein sollte, sie selbst wird unmittelbar und mittelbar ein mächtiger Ansporn zum Ringen des Proletariats um Verkürzung des Arbeitstages sein. Ein Sieg aber in Crimmitschau wird der deutschen Arbeiterklasse in nächster Zukunft greifbare Erfolge bescheren. Er bricht das Rückgrat des kapitalistischen Widerstandes gegen die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages für die Arbeiterinnen; er beschleunigt und erleichtert den Kampf um den allgemeinen gesetzlichen Maximalarbeitstag; er setzt damit die Kräfte der Gewerkschaften frei, für eine weitere Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit zu ringen und

die Sozialreform in der gleichen Richtung vorwärtszutreiben. Nicht als demütig Wohltaten Heischende rufen daher die Crimmitschauer Kämpfer ihre Schwestern und Brüder zu tatkräftiger Solidarität auf, vielmehr als Mahner an das allgemeine proletarische Interesse, als Empfangende und Gebende zugleich.

Das Crimmitschauer Textilproletariat steht im Kampfe um den Zehnstudentag, der nur eine Etappe zum Achtstudentag ist, auf vorgeschobenem Posten. Im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, dank der Solidarität der deutschen Arbeiterklasse darf er kein verlorener sein.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 18. November 1903.

Der Internationale Kongreß zu Amsterdam^[27]

September 1904

Von dem Haß, den Lügen und Verleumdungen, den giftigen Spöttereien und schulmeisterlichen Mahnungen der Gegner des revolutionären Weltproletariats umklungen, hat der Internationale Kongreß zu Amsterdam seine Arbeiten erledigt. Wie viele von denen, welche mit leidenschaftlichem Interesse den Pulsschlag der modernen Arbeiterbewegung innerhalb und außerhalb des Vaterlandes verfolgen, mit ganzer glühender Seele am Befreiungskampfe des Proletariats teilnehmen, haben der Tagung mit banger Befürchtung entgegen gesehen. Sie fiel in schwere Zeiten und sollte eine schwierige Aufgabe lösen.

Fast in allen Ländern, wo das klassenbewußte, organisierte Proletariat kämpfend auf dem Plane steht und zu einem Machtfaktor im öffentlichen Leben geworden ist, und rückwirkend über diese Länder hinaus ringen innerhalb der sozialistischen Bewegung „zwei Tendenzen“, „zwei Richtungen“ um die Bestimmung der Taktik. Die „alte“ Richtung, welche von der Auffassung des inneren, unlösbaren Zusammenhanges zwischen Prinzip und Taktik ausgeht, hält daran fest, daß die politische Aktion des Proletariats im Parlament und außerhalb des Parlamentes wie seither der Grundanschauung von den Klassengegensätzen, von dem Klassenkampfe entsprechen müsse. Sie läßt wohl ein augenblickliches, vorübergehendes Zusammen-

wirken der Sozialisten mit bürgerlichen Parteien und Bewegungen zu, aber kein dauerndes Bündnis, das irgendwie die Klassengegensätze verwischen, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der sozialistischen Aktion gegenüber allen bürgerlichen Gruppen und dem Klassenstaat beeinträchtigen könnte. Die „neue Richtung“ will in der Hauptsache lediglich die jeweilige praktische Zweckmäßigkeit über die Taktik entscheiden lassen. Sie rechnet mit einer Klassensolidarität, mit einer dauernden Bundesgenossenschaft zwischen sozialistischem Proletariat und bürgerlicher Demokratie, mit einer stückweisen Erlangung der politischen Macht seitens der Arbeiterklasse durch Teilnahme an der Regierungsgewalt auf Grund dieser Bundesgenossenschaft. Sie ist bereit, dem Klassenstaat entgegenzukommen, in der Meinung, ihn dadurch dem Proletariat gegenüber zu entwaffnen. Das Zusammenfallen verschiedener geschichtlicher Umstände hat bedingt, daß in Frankreich sich die „neue Richtung“ – vertreten durch die Jaurèsisten^[28] – am freiesten entfalten und ausleben konnte. Aus Frankreich war denn auch der Antrag gestellt, der Kongreß möge über die Frage der sozialistischen Taktik entscheiden.

Die Erledigung dieser heiklen Aufgabe – sie erforderte dreitägige Kommissionssitzungen und eine eintägige Plenarberatung, deren Höhepunkt Bebels Auseinandersetzung mit der Auffassung Jaurès' war – steht im Vordergrund der Ergebnisse des Kongresses. Durch Annahme der Dresdner Resolution^[29] sprach dieser sich für die „radikale“ Taktik aus, für die Taktik der unverwischten Klassengegensätze, des scharfen Klassenkampfes. Die Bedeutung des Votums wird durch zwei Umstände unterstrichen. Mit Ausnahme von Jaurès und Anseele haben sich alle Redner, welche in der Frage das Wort ergriffen, unzweideutig gegen die Taktik des „sozialistischen Ministerialismus“^[30] erklärt. Der Kongreß lehnte die Resolution Adler-Vandervelde ab, die im wesentlichen zwar die gleichen Rich-

Der Internationale Kongreß zu Amsterdam^[27]

September 1904

Von dem Haß, den Lügen und Verleumdungen, den giftigen Spöttereien und schulmeisterlichen Mahnungen der Gegner des revolutionären Weltproletariats umklungen, hat der Internationale Kongreß zu Amsterdam seine Arbeiten erledigt. Wie viele von denen, welche mit leidenschaftlichem Interesse den Pulsschlag der modernen Arbeiterbewegung innerhalb und außerhalb des Vaterlandes verfolgen, mit ganzer glühender Seele am Befreiungskampfe des Proletariats teilnehmen, haben der Tagung mit banger Befürchtung entgegengesehen. Sie fiel in schwere Zeiten und sollte eine schwierige Aufgabe lösen.

Fast in allen Ländern, wo das klassenbewußte, organisierte Proletariat kämpfend auf dem Plane steht und zu einem Machtfaktor im öffentlichen Leben geworden ist, und rückwirkend über diese Länder hinaus ringen innerhalb der sozialistischen Bewegung „zwei Tendenzen“, „zwei Richtungen“ um die Bestimmung der Taktik. Die „alte“ Richtung, welche von der Auffassung des inneren, unlösbaren Zusammenhanges zwischen Prinzip und Taktik ausgeht, hält daran fest, daß die politische Aktion des Proletariats im Parlament und außerhalb des Parlamentes wie seither der Grundanschauung von den Klassengegensätzen, von dem Klassenkampfe entsprechen müsse. Sie läßt wohl ein augenblickliches, vorübergehendes Zusammen-

wirken der Sozialisten mit bürgerlichen Parteien und Bewegungen zu, aber kein dauerndes Bündnis, das irgendwie die Klassengegensätze verwischen, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der sozialistischen Aktion gegenüber allen bürgerlichen Gruppen und dem Klassenstaat beeinträchtigen könnte. Die „neue Richtung“ will in der Hauptsache lediglich die jeweilige praktische Zweckmäßigkeit über die Taktik entscheiden lassen. Sie rechnet mit einer Klassensolidarität, mit einer dauernden Bundesgenossenschaft zwischen sozialistischem Proletariat und bürgerlicher Demokratie, mit einer stückweisen Erlangung der politischen Macht seitens der Arbeiterklasse durch Teilnahme an der Regierungsgewalt auf Grund dieser Bundesgenossenschaft. Sie ist bereit, dem Klassenstaat entgegenzukommen, in der Meinung, ihn dadurch dem Proletariat gegenüber zu entwaffnen. Das Zusammenfallen verschiedener geschichtlicher Umstände hat bedingt, daß in Frankreich sich die „neue Richtung“ – vertreten durch die Jaurèsisten^[28] – am freiesten entfalten und ausleben konnte. Aus Frankreich war denn auch der Antrag gestellt, der Kongreß möge über die Frage der sozialistischen Taktik entscheiden.

Die Erledigung dieser heiklen Aufgabe – sie erforderte dreitägige Kommissionssitzungen und eine eintägige Plenarberatung, deren Höhepunkt Bebels Auseinandersetzung mit der Auffassung Jaurès' war – steht im Vordergrund der Ergebnisse des Kongresses. Durch Annahme der Dresdner Resolution^[29] sprach dieser sich für die „radikale“ Taktik aus, für die Taktik der unverwischten Klassengegensätze, des scharfen Klassenkampfes. Die Bedeutung des Votums wird durch zwei Umstände unterstrichen. Mit Ausnahme von Jaurès und Anseele haben sich alle Redner, welche in der Frage das Wort ergriffen, unzweideutig gegen die Taktik des „sozialistischen Ministerialismus“^[30] erklärt. Der Kongreß lehnte die Resolution Adler-Vandervelde ab, die im wesentlichen zwar die gleichen Rich-

Der Internationale Kongreß zu Amsterdam^[27]

September 1904

Von dem Haß, den Lügen und Verleumdungen, den giftigen Spöttereien und schulmeisterlichen Mahnungen der Gegner des revolutionären Weltproletariats umklungen, hat der Internationale Kongreß zu Amsterdam seine Arbeiten erledigt. Wie viele von denen, welche mit leidenschaftlichem Interesse den Pulsschlag der modernen Arbeiterbewegung innerhalb und außerhalb des Vaterlandes verfolgen, mit ganzer glühender Seele am Befreiungskampfe des Proletariats teilnehmen, haben der Tagung mit banger Befürchtung entgegengesehen. Sie fiel in schwere Zeiten und sollte eine schwierige Aufgabe lösen.

Fast in allen Ländern, wo das klassenbewußte, organisierte Proletariat kämpfend auf dem Plane steht und zu einem Machtfaktor im öffentlichen Leben geworden ist, und rückwirkend über diese Länder hinaus ringen innerhalb der sozialistischen Bewegung „zwei Tendenzen“, „zwei Richtungen“ um die Bestimmung der Taktik. Die „alte“ Richtung, welche von der Auffassung des inneren, unlösbaren Zusammenhanges zwischen Prinzip und Taktik ausgeht, hält daran fest, daß die politische Aktion des Proletariats im Parlament und außerhalb des Parlamentes wie seither der Grundanschauung von den Klassengegensätzen, von dem Klassenkampfe entsprechen müsse. Sie läßt wohl ein augenblickliches, vorübergehendes Zusammen-

wirken der Sozialisten mit bürgerlichen Parteien und Bewegungen zu, aber kein dauerndes Bündnis, das irgendwie die Klassengegensätze verwischen, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der sozialistischen Aktion gegenüber allen bürgerlichen Gruppen und dem Klassenstaat beeinträchtigen könnte. Die „neue Richtung“ will in der Hauptsache lediglich die jeweilige praktische Zweckmäßigkeit über die Taktik entscheiden lassen. Sie rechnet mit einer Klassensolidarität, mit einer dauernden Bundesgenossenschaft zwischen sozialistischem Proletariat und bürgerlicher Demokratie, mit einer stückweisen Erlangung der politischen Macht seitens der Arbeiterklasse durch Teilnahme an der Regierungsgewalt auf Grund dieser Bundesgenossenschaft. Sie ist bereit, dem Klassenstaat entgegenzukommen, in der Meinung, ihn dadurch dem Proletariat gegenüber zu entwaffnen. Das Zusammenfallen verschiedener geschichtlicher Umstände hat bedingt, daß in Frankreich sich die „neue Richtung“ – vertreten durch die Jaurèsisten^[28] – am freiesten entfalten und ausleben konnte. Aus Frankreich war denn auch der Antrag gestellt, der Kongreß möge über die Frage der sozialistischen Taktik entscheiden.

Die Erledigung dieser heiklen Aufgabe – sie erforderte dreitägige Kommissionssitzungen und eine eintägige Plenarberatung, deren Höhepunkt Bebels Auseinandersetzung mit der Auffassung Jaurès' war – steht im Vordergrund der Ergebnisse des Kongresses. Durch Annahme der Dresdner Resolution^[29] sprach dieser sich für die „radikale“ Taktik aus, für die Taktik der unverwischten Klassengegensätze, des scharfen Klassenkampfes. Die Bedeutung des Votums wird durch zwei Umstände unterstrichen. Mit Ausnahme von Jaurès und Anseele haben sich alle Redner, welche in der Frage das Wort ergriffen, unzweideutig gegen die Taktik des „sozialistischen Ministerialismus“^[30] erklärt. Der Kongreß lehnte die Resolution Adler-Vandervelde ab, die im wesentlichen zwar die gleichen Rich-

tungslinien ziehen sollte wie die Dresdner Resolution, sich aber in der Form nicht ausdrücklich und scharf gegen die charakteristischen Züge der neuen Taktik wendete.

Wie frühere internationale Kongresse mit aller Deutlichkeit die sozialistische Aktion nach links hin abgegrenzt haben – nach seiten der Anarchisten und Anarchistengenossen –, so hat ihr der Kongreß zu Amsterdam Grenzlinien nach rechts gezogen – nach der Seite der bürgerlichen Demokratie und der Reformler. Aber er hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß die nötige Abgrenzung nicht gleichbedeutend ist mit einem Bannfluch für sozialistische Parteien und Persönlichkeiten, die in der ehrlichen Überzeugung, den Interessen des Proletariats zu dienen, über die Linie der reinlichen Scheidung von allen bürgerlichen Parteien hinausgegangen sind. Dies gelangte dadurch zum Ausdruck, daß das Wort „verurteilen“ durch „zurückweisen“ ersetzt wurde, daß einstimmig die Resolution zur Annahme gelangte, welche die verfeindeten Bruderparteien in Frankreich zur Einigung auffordert.

Der Kongreß hat noch eine Reihe wichtiger Gegenstände behandelt. Die Hauptarbeit wurde dabei ebenfalls in den Kommissionen geleistet, die so fleißig und verständnisvoll vorschafften, daß über die Resolution zu einigen Punkten der Tagesordnung ohne Diskussion im Plenum abgestimmt werden konnte. Nur die Frage der Einwanderung und Auswanderung mußte als noch nicht genügend geklärt dem folgenden Kongreß überwiesen werden, dessen Stellungnahme durch gründliches Studium vorbereitet werden soll. Einstimmig oder fast einstimmig wurden die Resolutionen über die Arbeiterversicherung, den Generalstreik, die Maifeier, die Truste und das Frauenstimmrecht angenommen . . .

Genossin Roland-Holsts Referat hat vorzüglich die vorliegende Doppelaufgabe gelöst. Es hat mit allem erforderlichen Nachdruck die anarchistische Auffassung zurück-

gewiesen, daß der Generalstreik das revolutionäre Kampfmittel par excellence des Proletariats, die Einleitung der sozialen Revolution sei. Es hat andererseits von ihm in klarer Unterscheidung den politischen Massenstreik abgelöst, der unter Umständen möglich, ja, unvermeidlich werden kann und dem gegenüber das Wort seine Geltung verliert, daß „Generalstreik Generalunsinn ist“. Gleichzeitig hat es eindringlichst auf die unerläßlichsten Vorbedingungen eines erfolgreichen politischen Massenstreiks hingewiesen: feste, weitspannende Organisation, freigewollte Disziplin, aus klarer Einsicht geboren, kurz, die pflichttreueste Tätigkeit auf allen Gebieten des proletarischen Klassenlebens.

Nach seinen Ergebnissen wie nach seinem Charakter und Verlauf ist der Kongreß zu Amsterdam unstreitig der beste, der befriedigendste aller internationalen Kongresse gewesen. Er war getragen vom Geiste echter Brüderlichkeit, von der Überzeugung der Gemeinsamkeit des erstrebten Zieles, er bekundete ein fortgeschrittenes Verständnis der Nationen füreinander, ein hohes Bewußtsein von der Pflicht internationaler Solidarität. Trotz der schärfsten Meinungsunterschiede, der schroffsten sachlichen und persönlichen Gegensätze haben sich die Verhandlungen stets auf der Höhe grundsätzlicher Erörterungen gehalten und sind nie in die sumpfigen Niederungen persönlichen Gezänks hinabgesunken. So stark die Leidenschaft war, mit welcher in der Frage der Taktik gestritten wurde, so groß war auch das Gefühl der Verantwortlichkeit. Ein kräftiger Zug geschichtlichen Werdens und Reifens wehte durch den Kongreß und hob ihn über den Alltag mit seinen Schlacken empor.

Gewiß, daß sich darin das Vorwärts im Wissen und Wollen des klassenbewußten Proletariats im allgemeinen widergespiegelt hat. Aber daneben ist der erhebende Charakter des Amsterdamer Kongresses nicht wenig auf Rechnung des

Wesens unserer holländischen Genossen zu setzen. Es ließ empfinden, daß für sie die sozialistische Idee keine tote Formel ist, welche nur den politischen, den sozialen Kämpfer leitet, vielmehr eine lebendige Kraft, welche den ganzen Menschen ergreift und durchdringt. Aus dem Streben nach Einheitlichkeit von Lehre und Leben quillt eine Reinheit und Größe, welche in vorteilhafter Weise den Charakter des Kongresses beeinflußt hat. Mögen sich in drei Jahren die Stuttgarter Tage in jeder Beziehung dem Amsterdamer Kongreß ebenbürtig zur Seite stellen.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,

Stuttgart, 7. September 1904.

Die Schulfrage

Rede auf der 3. Frauenkonferenz in Bremen

18. September 1904

Wenngleich die Genossinnen die Schulfrage auf die Tagesordnung stellten, so waren sie sich doch wohl bewußt, daß in der kurzen Zeit, welche der Konferenz zur Verfügung steht, es unmöglich ist, die Schulfrage ihrer Bedeutung gemäß eingehend nach allen Seiten hin zu erörtern. Wenn trotzdem ihre Behandlung beschlossen wurde, so war ein Grund dafür bestimmend. Die Genossinnen sind der Überzeugung, daß die Schulfrage, die Bildungsfrage, von höchster Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung ist, weil sie eine hervorragende Rolle im Leben der Millionen Proletarierinnen spielt, an die unsere Agitation sich wendet. Das ist in ergreifender Weise auch hier zum Ausdruck gekommen in dem Schrei nach höherer Bildung, der aus dem Munde aller Rednerinnen erklungen ist. Sie alle empfinden es aufs schmerzlichste, daß die unvollkommene Volksschulbildung ihnen nicht erlaubt hat, reichere Schätze des Wissens, eine höhere und tiefere persönliche Entwicklung in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes stellen zu können. Es gibt andererseits kaum eine proletarische Mutter, die nicht damit rechnet, daß sie ihre Kinder derselben mangelhaften und unvollkommenen Volksschule anvertrauen muß, unter deren Gebrechen sie selbst gelitten hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage der Volksschule ist also ein wichtiger Punkt, an dem unsere Agitation unter dem weiblichen Proletariat ein-

setzen kann. Hier können wir, gestützt auf Tatsachen, dem weiblichen Proletariat die Verbrechen der kapitalistischen Ordnung vor Augen führen. Es handelt sich dabei nicht nur um Sünden, die im kapitalistischen System liegen, nein, auch um besondere Tat- und Unterlassungssünden, durch welche die bürgerliche Gesellschaft die Grundübel noch verschärft und verschlimmert. Gerade die Schulfrage eignet sich ausgezeichnet dazu, die ganze kulturelle Überlegenheit der sozialistischen Weltanschauung, der sozialistischen Aktion nachzuweisen, jedem klarzumachen, daß das Weltproletariat die Bühne der Geschichte betreten hat, nicht nur um die Magenfrage, vielmehr um die Kulturfrage in ihrem tiefsten Kern zugunsten der Allgemeinheit zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind ferner der Ansicht, daß ein künftiger Parteitag, nicht dieser überlastete, nach eingehender Erörterung der Schulfrage in Presse und Versammlungen zu dieser Stellung nehmen muß. Dies aber nicht nur von den entsprechenden Forderungen unseres Minimalprogramms ausgehend, sondern auf Grund unserer gesamten Weltanschauung. Durch unsere heutige Erörterung wollen wir die Genossinnen anregen und ausrüsten, an den vorbereitenden Debatten teilzunehmen.

Die Volksschulfrage ist die nationale Erziehungsfrage. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist zunächst schon begründet in der Entwicklung der Pädagogik als Wissenschaft. Je mehr die Pädagogik sich in den ganzen Komplex der Probleme der Schulfrage vertieft hat, um so mehr hat sie erkannt, daß es sich in der Schule nicht nur um Einpauken einer gewissen Summe von Kenntnissen, um Anerziehung bestimmter Fertigkeiten, um bloßen Geistesdrill handelt, sondern um ein Erziehungswerk, welches den ganzen Menschen erfassen und alle Seiten seines Wesens zur Entfaltung, zur Blüte und Reife bringen soll. Andererseits setzt die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung die Eltern immer mehr außerstande, allein im

Heim die Kinder zu erziehen, ja, auch nur einen tiefgehenden Einfluß auf ihre Entwicklung auszuüben. Das gilt nicht nur für die ausgebeuteten Massen, sondern auch für die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung. Im Proletariat erscheinen nur auch die betreffenden Verhältnisse auf die Spitze getrieben, weil hier das Notleiden der Erziehung die schärfsten, sichtbarsten Formen annimmt. Aber die geschichtliche Entwicklung hat die Tendenz, den Anteil der Eltern überhaupt an der Erziehung der Kinder einzuschränken und gesellschaftlichen Einrichtungen einen breiteren, steigenden Anteil an derselben zuzuweisen. Gleichviel ob Eltern heute Amboß sein müssen oder Hammer sein können: Ihr Anteil an der Erziehung ihrer Kinder geht zurück, weil auch in den bessersituierten Klassen der Kampf ums Dasein, durch die kapitalistische Ordnung rücksichtslos, schonungslos entfesselt, den größten, den besten Teil der Kräfte des einzelnen aufsaugt. Für die Erziehung der Kinder bleiben davon nur die Brosamen übrig, welche das kapitalistische Getriebe des Lebens mit seinem Um und Auf vom Tische fallen läßt. Damit ist die Schulfrage auch für die Praxis wie für die Wissenschaft immer mehr zur Erziehungsfrage geworden.

Die Volksschulfrage ist mithin die Erziehungsfrage der gesamten Nation oder sollte es wenigstens sein. Wir Sozialdemokraten aber müssen erst recht diese Frage so auffassen; denn wir stehen auf dem Boden der gesellschaftlichen und naturwissenschaftlichen Entwicklungslehre, auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und der darwinistischen Theorie. Wie wir den gesellschaftlichen Organismus nicht für das Produkt eines Schöpferwillens halten, wie wir die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht als etwas Festes, Gegebenes, ewig Unwandelbares betrachten, wie wir sie begreifen in ihrem Keimen, Wachsen, Reifen, Welken und Vergehen, also erfassen wir auch den menschlichen Organismus

im Flusse der Entwicklung, unter dem Einflusse der Entwicklung. Nicht der vorbestimmende Wille eines Schöpfers, einer Vorsehung entscheidet darüber, was die einzelne Person werden, welches Ziel ihre Entwicklung erreichen soll. Vererbung und Milieu sind ausschlaggebend dafür. Jeder bringt eine Summe körperlicher, geistiger, sittlicher Anlagen mit zur Welt. Wie sich diese entwickeln, darauf ist das Milieu, die Umwelt von größtem Einfluß, in welcher der Mensch aufwächst und sich betätigt. Das gesamte Milieu schafft für jeden Menschen bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir fassen das Kind als ein bildsames, entwicklungsfähiges Wesen auf, als einen weichen Ton, der sich kneten, bilden, gestalten läßt. Wir wissen, daß beim Gestalten, beim Erziehen die vererbten Anlagen und Eigenschaften ein entscheidungsschweres Wort mitsprechen und daß die Erziehung nicht bloß beim Neugeborenen beginnen muß, vielmehr schon vor der Geburt des neuen Lebens. Im Rahmen dieses Referats ist es jedoch unmöglich, auf die in diesen Beziehungen vorliegenden Fragen und Verpflichtungen einzugehen. Es behandelt nur Entwicklungsbedingungen, welche die Schule allen Kindern der gesamten Nation bieten soll. Wir fassen dabei die Aufgabe der Schule im Sinne des großen Pädagogen Johann Amos Comenius auf, der von ihr forderte: „die allgemeine Bildung aller, die als Menschen geboren sind, zu allem, was menschlich ist“¹. Die Schulfrage ist ein Teil des großen Erziehungsproblems, das gesamte materielle und geistig-sittliche Milieu bewußt und planmäßig unter Beobachtung der einschlägigen Entwicklungsgesetze derart zu gestalten, daß es die höchste und harmonische Entwicklung der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte des Kindes ermöglicht. Zu welchem Ziel? Wir antworten darauf mit Richard Wagner, daß ihr Ziel „der

¹ Siche J. A. Comenius, „Große Unterrichtslehre“, Leipzig o. J., S. 216. *Die Red.*

starke Mensch, der schöne Mensch“ sein soll, der Mensch, wie ihn Schiller an der Weltwende der Emanzipation der kontinentalen Bourgeoisie in visionärer Begeisterung geschaut und in seinem unsterblichen Gedicht „Die Künstler“ gefeiert hat:

„Wie schön, o Mensch, mit deinem Palmenzweige
Stehst du an des Jahrhunderts Neige,
In edler stolzer Männlichkeit,
Mit aufgeschloßnem Sinn, mit Geistesfülle,
Voll milden Ernsts, in tatenreicher Stille,
Der reifste Sohn der Zeit“

Wenn wir an unserem Ideal messen, was die bürgerliche Gesellschaft für die Bildung der großen Masse des Volkes tut, dann muß unser Urteil lauten: Gewogen und zu leicht befunden! (Lebhafter Beifall.) Betrachten wir, was die bürgerliche Gesellschaft für die Volksschule leistet, die doch das wichtigste, das hauptsächlichste Bildungs- und Erziehungsmittel für die werktätigen Massen ist.

In unseren Tagen ist die Volksschule Armeleuteschule. Auch auf dem Gebiete des Volksbildungswesens klafft der tiefe Gegensatz der Auffassung, der uns von der bürgerlichen Welt trennt. Wir sind der Auffassung, daß die Bildung, von der niedrigsten bis zur höchsten, Allgemeingut, Kulturgut ist, daß jedes Glied der Gemeinschaft unbeschränkten Anteil an diesem Gute haben muß, daß daher der Gesellschaft die Pflicht obliegt, alle Bildungsmöglichkeiten, die in ihr vorhanden sind und deren Grundlage die Arbeit der ausgebeuteten Millionen ist, unbeschränkt allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommen zu lassen. Aber die bürgerliche Gesellschaft würdigt die Bildungsmöglichkeit zu Waren herab, die verkauft werden und gekauft werden müssen wie alle anderen Waren auch. Sie hat die Männer der Wissenschaft aus reinen Erforschern und Verkündern der Wahrheit, der Wirklichkeit und ihrer Gesetze in

betriebsame Händler mit wissenschaftlichen Werten oder Talmiwerten, die Künstler aus frei Schaffenden zu Sklaven der Mode und der Launen der Reichen herabgewürdigt. Genauso hat sie die Kultur erniedrigt zur Ware, die nur kaufen kann, wer Geld hat. („Sehr gut!“) Wie unter der Herrschaft der indischen und ägyptischen Kasten, so ist heute die Bildung ein Monopol, und nicht Begabung und Neigung verleiht es, sondern nur das Geld, der Besitz. Nicht durch göttliches Gebot hält man die aufstrebenden Massen heute von der höheren Bildung fern, sondern durch etwas Härteres, was schwerer noch zu zertrümmern ist als ein göttliches Gebot: durch die hohen Kosten. Den Kindern wird nicht nach Talent und Neigung die höhere Bildung zuteil, sondern nach der Vorsicht in der Wahl der Eltern.

Darum haben wir auch kein einheitliches, organisch zusammenhängendes und gegliedertes Volksbildungswesen im Deutschen Reich. Wir haben Bildungsanstalten der verschiedensten Art und sehen dieselben geteilt in billige und schlechte für die Kinder des werktätigen Volkes und solche, die besser und teurer sind und deshalb den werktätigen Massen verschlossen bleiben.

Im Deutschen Reich gab es 1899 nach der Schulstatistik 59300 Volksschulen für 8660000 Schüler und Schülerinnen. Für diese wurden im ganzen 341700000 Mark aufgewendet, davon 243 Millionen von den Gemeinden und den Unterhaltspflichtigen der Kinder. Die Bundesstaaten steuerten nicht ganz 99 Millionen bei. Vergleichen Sie das mit den 1018 Millionen, die wir im letzten Jahre für Heer und Marine ausgaben, so haben wir die Barbarei und Schmach unseres heutigen Volksschulwesens vor Augen. Ja, wir sind sehr arm, wenn es sich um Ausgaben für die Ausbildung der Fähigkeiten der Menschen handelt. Aber wir sind sehr reich, wir können jährlich über eine Milliarde verpulvern und ins Wasser werfen, wenn es sich darum handelt, die Kunst der Menschenvernichtung im

großen zu lehren. Einige Vergleiche machen den Armeleutecharakter der Volksschule noch deutlicher. Für Bildungszwecke im allgemeinen wurden 1899 im Deutschen Reich durchschnittlich aufgewendet je Volksschüler knapp 40 Mark, dagegen je Schüler höherer Schulen 243 Mark. Im letzten Jahre gab es 8924779 Volksschüler, die von 124027 Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet wurden. Auf eine Lehrkraft kamen durchschnittlich 72 Schüler. Vergleichen wir das mit den „Lehrern“ in der Armee. Einem Offizierskorps von 24374 und einem Unteroffizierspersonal von 81958 Mann, insgesamt 106332 Personen, stehen 495500 Gemeine gegenüber. Schon auf 4,6 Gemeine kommt einer dieser militärischen „Lehrer“. (Heiterkeit, Zuruf: „Wenn es wenigstens Lehrer wären!“ Erneute Heiterkeit.) Das hervorgehobene Verhältnis betreffs der Aufwendungen für die Armeleuteschule und die bessere Schule finden wir in den einzelnen Bundesstaaten, in den Gemeinden¹ . . .

Preußen ist dank der Junkerherrschaft, des Dreiklassenparlaments der reinste Typus bürgerlicher Unkultur, das zeigt sich auch in seinen Volksschulverhältnissen. 1901 wurden

¹Die im Referat von Clara Zetkin außerdem angeführte Schulstatistik für das Großherzogtum Baden weist folgende Zahlen aus:

| Lehranstalten | Anzahl der Schüler | Anzahl der Lehrkräfte | Schüler je Lehrkraft |
|--|--------------------|-----------------------|----------------------|
| Gymnasien | 4959 | 354 | 14 |
| Mittelschulen | 9765 | 652 | 15 |
| höhere Mädchenschulen | 2897 | 178 | 16 |
| Mädchen- und Mittelschulen (erweiterte Volksschulen) | 6462 | 206 | 31 |
| Volksschulen mit erweitertem Lehrplan in größeren Städten | 35 113 | 696 | 50 |
| Volksschulen in Gemeinden | 238 845 | 3250 | 73 |

Die Red.

verausgibt für Volksschulunterhaltungskosten insgesamt 269942 375 Mark. Die östlichen Provinzen trugen dazu je Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 6 Mark bei, die westlichen 9 Mark, Berlin mehr als 10 Mark, Koblenz über 12 Mark. Aber die Zuschüsse des Staates wandern nicht dorthin, wo die Aufwendungen am größten sind, sie gehen dorthin, wo die Großgrundbesitzer einen kleinen Teil der Schullasten tragen oder wenigstens tragen sollten. So entziehen sich die „Besten und Edelsten“ ihrer Verpflichtung, zu den Schullasten beizutragen, so gut wie vollständig. Im Osten trägt der Staat fast die Hälfte der Schullasten, 46,71 Prozent, im Westen viel weniger, 19,38 Prozent. Das Minimum des staatlichen Zuschusses im Westen entfällt auf Berlin mit 3 Prozent; das Minimum beträgt dagegen in den östlichen Provinzen über 29 Prozent, es steigt hier bis auf ein Maximum von über 58 Prozent. Das aber nicht zur Förderung des Volksschulwesens, sondern zur Entlastung der Grundbesitzer. Selbst ein harmloses bürgerliches Organ, die „Soziale Praxis“, hat diese Zustände an den Pranger geschlagen. Es schrieb, daß in den östlichen Provinzen auf dem platten Lande die staatlichen Zuschüsse schon heute viel größer als die Aufwendungen für die Lehrerbesoldungen seien, und die Patrone bezögen für die meist gar nicht zu leistenden subsidarischen Verpflichtungen aus der Staatskasse Entschädigungen von beträchtlicher Höhe. Wenn der Staat in den eigentlichen Großgrundbesitzerdistrikten die Schule auf eigene Rechnung übernehme, so dürfte er noch Ersparnisse machen. (Vielfaches „Hört! Hört!“) Aber nicht nur betreffs der Dotierung ist die Volksschule das Aschenbrödel unter den Schulen, die herrschenden und regierenden Klassen brauchen und mißbrauchen sie auch, um durch engherzigen religiösen Dogmenunterricht, durch gefälschten Unterricht in der Geschichte und den Naturwissenschaften den Geist der Kinder des Volkes zu vergiften.

An die Spitze unserer Reformforderungen zugunsten der Volksschule stellen wir die Forderung nach Einheitlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens vom Kindergarten bis zur Hochschule. Grundlage muß die obligatorische einheitliche Elementarschule sein, die alle Kinder ohne Unterschied der Klasse und des Geldbeutels der Eltern besuchen müssen. Dort sollen die Kinder eine so tüchtige geistige Entwicklung nehmen, so reich mit Wissen, mit allgemeiner Bildung ausgestattet werden, daß sie zur Zeit der Berufswahl wohlausgerüstet ins Leben treten und zu ihrer Weiterbildung nur noch die allgemeine Fortbildungsschule zu besuchen brauchen, die obligatorisch für alle ist – ohne Unterschied des Geschlechts –, welche nicht zu ihrer Ausbildung in die Mittelschulen übertreten. An die einheitliche Elementarschule gliedert sich die Mittelschule an, welche für den Besuch der höheren und höchsten Schulanstalten vorbereitet, in welche die Schüler und Schülerinnen nach Begabung und Neigung eintreten können. In pädagogische Streitfragen über die Altersgrenze für Elementar- und Mittelschule usw. will ich nicht eintreten. Je nach der Natur der Berufsbildung, welche die Mittelschulen vorbereiten sollen, wird die Art und Verteilung des Unterrichtsstoffes mitbestimmt, liegt das Schwergewicht auf technischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Fächern. Natürlich müssen alle diese Bildungsanstalten unentgeltlich sein. Wenn jedes Kind sich nur in der Volksschule elementare Bildung holen kann, gewinnen auch die herrschenden Klassen Interesse an der allseitigen Hebung der Volksschule; sie gewinnen ein Interesse daran, einzutreten für höhere Aufwendungen zu ihrer Ausgestaltung, für Einführung besserer Unterrichtsmethoden, gegen die Verfälschung des Wissensstoffes usw. Erst wenn das Kind des arbeitenden Mannes neben dem des reichen Fabrikanten in der Einheitsschule sitzt, wenn die Bourgeoisie ihr Fleisch und Blut in diese schicken muß,

wird sie für Reform der mangelhaften, zum Teil grob verfälschten Volksbildung zu haben sein. Allzuviel verspreche ich mir übrigens auch von der Einheitsschule nicht. Solange die jetzige Wirtschaftsordnung bestehen bleibt, können die Reichen für ihre Kinder den Elementarunterricht durch Privatunterricht ergänzen lassen. Damit will ich nur vor der Überschätzung der Einheitsschule warnen, wie sie bei bürgerlichen Sozialreformern und Pädagogen vielfach gang und gäbe ist.

Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts soll, wie die Gegner sagen, ein Eingriff in die heiligsten Elternrechte sein, die sittlichen Grundlagen des Familienlebens zerstören. Nichts davon; sie ist eine materielle Notwendigkeit, sie ist eine kulturelle Notwendigkeit, sie ist eine primitive sittliche Pflicht der Gesellschaft, die auf dem robusten Unterbau der Leistungen der werktätigen Bevölkerung ruht. Damit erst wird den Kindern des Volkes die Möglichkeit zur Aneignung, zum Genuß, zur Vermehrung der höheren Kulturgüter gegeben. Der begabte Sohn des Volkes, den glühender Bildungsdrang vorwärts treibt auf dem steilen Pfad zum Bildungsparadies, vor das die besitzenden Klassen den Cherub mit flammendem Schwert gestellt haben, soll nicht auf dem so dornigen und steinigen Weg der Gnade, des Stipendienwesens aufsteigen müssen. Denn die Stipendien werden nur einer kleinen Zahl und nicht immer den Begabtesten und Würdigsten zuteil. Denn das Almosennehmen tötet Fähigkeiten, begünstigt äußeren Drill, verdirbt den Charakter, schafft feile Knechte, Sklavengeister statt freier Denker. In letztem Grunde dient es dem Zweck, gehorsame geistige Schildknappen der bürgerlichen Gesellschaft heranzubilden. („Sehr wahr!“) In Frankreich, Nordamerika, der Schweiz, in Preußen und vielen süddeutschen Städten ist wenigstens der Volksschulunterricht bereits unentgeltlich.

Ebenso unentgeltlich wie der Unterricht müssen die Lehr- und Lernmittel sein. Nicht auf dem Gnadenwege, auf beson-

deres Nachsuchen, aus spärlichen Fonds sollen die Mittel gewährt werden, sondern jeder Schüler soll sie von Rechts wegen erhalten, wie der Soldat das Gewehr und die Uniform erhält. Zur Unentgeltlichkeit der Lehrmittel muß die Schulspeisung treten, die Pflicht der Gesellschaft, aus öffentlichen Mitteln für den Unterhalt der Zöglinge ihrer Schul- und Bildungsanstalten zu sorgen. Sonst ist es den Kindern des Volkes unmöglich, die erschlossenen Bildungsmittel völlig auszunützen. Die proletarische Familie ist in der Mehrzahl der Fälle außerstande, die Kinder bis zum 20. oder 24. Lebensjahre zu unterhalten. Hinaus zur Erwerbsarbeit, heißt es für viele kleine Proletarier noch vor dem Ende des heutigen Volksschulunterrichts. In Großstädten des Auslandes, wie London, Stockholm, Amsterdam, und sodann auch in Frankreich und den Vereinigten Staaten, in vielen Gemeinden des Kantons Zürich und selbst in Deutschland, in Braunschweig und Fürth, erhalten die Volksschüler unentgeltlich die Lernmittel. Seltener gibt man den Kindern zum Brot des Geistes auch das Brot des Leibes. Ansätze dazu sind die Schulkantinen, die nicht mit den Mitteln des Klingelbeutels, nicht aus mildtätigen Stiftungen oder von Wohltätigkeitsvereinen erhalten werden, sondern aus öffentlichen Mitteln.

Eine andere grundlegende Forderung unsererseits ist die der vollen Weltlichkeit der Schule. Hinaus mit der Religion aus der Schule! („Bravo!“) Sie hat in der Schule nichts zu suchen, nichts aus ethischen, nichts aus pädagogischen Gründen. Der Religionsunterricht trägt vor allem das Brandmal der Aufgabe, den Interessen der herrschenden Klassen zu dienen. Er soll nicht das religiöse Empfinden fördern, er soll die wirtschaftliche und soziale Sklaverei der arbeitenden Klassen aufrechterhalten. („Sehr richtig!“) Er dient nicht der Pflege religiösen Empfindens, sondern dem mechanischen Einbläuen von Dogmenformeln, die im schreiendsten Widerspruch zu den Ergebnissen der

Wissenschaft und zur Wirklichkeit stehen. Damit ist er unsittlich. Der Religionsunterricht in der Volksschule ist nicht in erster Linie ethisch, sondern dogmatisch, er vergiftet die Volksschule. („Sehr richtig!“) Ein Unterricht, der, statt den Kindern die Wahrheit zu zeigen und sie auf den Weg wissenschaftlicher Erkenntnis und Forschung zu weisen, ihnen toten Formelkram einbleut, der in längst vergangenen Zeiten geschmiedet worden ist als Kette für den Geist, ist als unsittlich gebrandmarkt. Zudem steht der Religionsunterricht in der Volksschule im Banne der engherzigsten Konfessionalität und erzieht nicht zur Achtung, zur Duldsamkeit gegenüber anderen Überzeugungen, sondern reizt dazu an, in jedem Andersgläubigen den Ketzer, sei er ein Gescheitelter oder Geschorener, zu sehen und zu verachten. Auch vom pädagogischen Standpunkt aus verlangen wir Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule. Kein anderer Gegenstand wird so sehr im Widerspruch mit den elementarsten Forderungen der Pädagogik unterrichtet. Der Religionsunterricht fördert das Denken nicht und regt es nicht an, sondern er tötet es, weil an Stelle des Suchens und Forschens der Glaube an das Wort gesetzt wird, weil das Gedächtnis mit totem Ballast beschwert und die Lust am Lernen dadurch verkümmert, das Gedächtnis auf Kosten des Denkens entwickelt wird. Die Regulative für die preußische Volksschule verlangten 180 Bibelsprüche. Man hat sich jetzt dahin geeinigt, „nur“ 110 Sprüche aus dem Neuen, 20 bis 40 Sprüche aus dem Alten Testament und 20 Gesangbuchlieder lernen zu lassen. In Sachsen ist man selbstverständlich frömmer. (Große Heiterkeit.) Da verlangt man das Auswendiglernen der 5 Hauptstücke nach Luthers kleinem Katechismus, ferner 168 Gesangbuchverse, 150 Bibelsprüche, 35 Choralmelodien und den wesentlichen Inhalt von 140 biblischen Geschichten. Schon vom pädagogischen Standpunkt aus rechtfertigt sich die

Forderung: Hinaus mit der Religion aus der Volksschule! Diese Forderung ist in Frankreich und den Niederlanden bereits verwirklicht, in den Vereinigten Staaten und der Schweiz, im bibelfesten England, im frommen Italien und im klerikalen Belgien dürfen die Kinder wenigstens nicht zwangsweise in der Religion unterrichtet werden.

Ethischer Unterricht ist auch ohne Verquickung mit dem Religionsunterricht möglich. Geschichte und Erfahrung beweisen, daß Religion und Ethik verbunden sein können, aber nicht untrennbar miteinander verbunden sind. Wir haben viel Religion zusammen mit wenig Ethik gehabt und haben das auch heute herzlich oft. Der Moralunterricht muß durch den Unterricht in Gesetzeskunde und Bürgerkunde ergänzt werden. Der Religionsunterricht soll Privatangelegenheit jedes Elternpaares bleiben. Die Gesellschaft ist nur verpflichtet, die Kinder tüchtig zu machen in dem, was sie für das diesseitige Leben gebrauchen. Für das Jenseits zu sorgen, soll Privatsache der Eltern sein. Charakteristisch ist die Haltung der bürgerlichen Liberalen gegenüber den reaktionären Vorstößen zur Verpaffung der Volksschule. Die Tinte des Kompromisses ist kaum trocken, mit der sich die Liberalen und Konservativen zum Jubel der Klerikalen über die weitere Verpaffung der Volksschule geeinigt haben. Dazu eine Tatsache, die mir fast noch schimpflicher erscheint. Die Jungliberalen haben auf ihrer Tagung in Leipzig in den Richtlinien zur Volksschulfrage beschlossen, daß dem Religionsunterricht im Lehrplan der gebührende Raum gewährt werden muß. (Heiterkeit.) Schon daraus sehen Sie, daß die Jungliberalen die geborenen Mummelgreise sind. (Große Heiterkeit und Beifall.) Die Liberalen erheben nicht mehr die Forderung, von deren Durchführung auch sie einst in Jugendfrische geträumt: Hinaus mit der Religion aus der Volksschule. Aus Furcht vor dem Sozialismus suchen sie das Proletariat mit Vertröstungen auf

das Jenseits von Befreiungskämpfen im Diesseits abzuhalten. Dazu kommt noch ein anderes. Die Bourgeoisie ist in Weltuntergangsstimmung, und aus ihrem Katzenjammer flüchtet sie in den religiösen Mystizismus. Daher der überragende Einfluß, den dieser auch in der modernsten Literatur und Kunst gewinnt.

Neben der Weltlichkeit der Schule fordern wir eine vollständige gründliche Reform des Unterrichts in allen Fächern, vor allem in der Geschichte, im Deutschen, in der Naturwissenschaft. Diese Fächer müssen die gebührende Bedeutung im Unterrichtsplan gewinnen, sie müssen nach den besten Methoden unterrichtet werden, sie müssen in Übereinstimmung mit der wissenschaftlichen Forschung Kenntnisse vermitteln, die geistige Entwicklung fördern. Der Geschichtsunterricht muß vom Bann des Mordspatriotismus erlöst werden, der naturwissenschaftliche Unterricht vom Joche der biblischen Legenden, des kirchlichen Dogmas. Der erstere soll in das soziale, der letztere in das natürliche Leben einführen, auch in das des Menschen.

Eine andere grundlegende Forderung ist die Einführung des Arbeitsunterrichts in den Schulplan. Das ist bedeutsam, weil wir uns mit äußerster Energie gegen die ausgebeutete Kinderarbeit auflehnen. Wir sind überzeugt, daß die freie Arbeit von hohem sittlichem und pädagogischem Wert ist. Wir wollen die verhängnisvolle Spaltung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufheben; wir wollen die Gesellschaft umwandeln in eine Ordnung von freien Arbeitern bei materiellem und geistigem Schaffen; wir wollen den Kindern alle Bildungsmöglichkeiten der Gesellschaft erschließen. Darum aber muß auch der Arbeitsunterricht im reformierten Schulplan den ihm zukommenden Platz erhalten. Er knüpft an den Anschauungsunterricht an, vollendet, verinnerlicht ihn, führt in die innere Natur der Gegenstände und Vorgänge ein, entwickelt und schärft die Sinne, erhöht die Hand-

fertigkeit, stählt die Muskeln, macht körperlich gewandt, regt das selbständige Denken an, konzentriert den Willen auf eine Leistung und beflügelt den schöpferischen Trieb, der in jedem Kinde schlummert. Der Arbeitsunterricht wird dadurch spätere technische Erfindungen und Verbesserungen anregen und vorbereiten, die Kinder auf irgendeinem Gebiet zu denkenden, schöpferisch tätigen Menschen heranziehen. Von großem Einfluß wird er auch darauf sein, das künstlerische Empfinden und Gestaltungsvermögen zu heben, so daß auch die fabrikmäßige Produktion in dieser Beziehung eine höhere Stufe erreicht. So gibt der Arbeitsunterricht Freude an schöpferischer Arbeit, lehrt Ehre und Würde der Arbeit. Durch ihn wird ferner verhindert, daß die Kinder in die Stimmung von Staatspensionären hineinwachsen. Er erzieht sie zum Bewußtsein ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, das, was sie an Bildung und Kultur empfangen haben, als frei schaffende Menschen mit Zins und Zinseszins zurückzuerstatten.

Wir fordern ferner den gemeinsamen Unterricht und die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Am Unterricht selbst wie an der Schulverwaltung sollen Frauen und Männer gleichberechtigt beteiligt sein – auch in puncto des Gehalts –, nach ihren persönlichen Fähigkeiten und Leistungen. Dieser Forderung entsprechend sollen auch Frauen mit den höchsten Lehrämtern und den höchsten Posten der Verwaltung betraut werden. Der gemeinsame Unterricht und die Gleichberechtigung von Frau und Mann auf dem Gebiete des Unterrichts, der Erziehung ist eine bedeutsame Notwendigkeit und trägt dazu bei, das Ungesunde, Gekünstelte, Überreizte in den Beziehungen der Geschlechter zueinander zu beseitigen, das sich besonders in der Zeit der Pubertät bemerkbar macht.

Die Absperrung der Geschlechter voneinander, die lügenvolle Geheimnistuerei und Unwissenheit in sexuellen Fragen,

in der die Jugend aufwächst, ist mit schuld an dem ungesunden Stand der Dinge heute und seinen bösen Folgen. Die Verwirklichung unserer Forderungen schafft vorzügliche Schutzwälle gegen leibliche und geistige Verirrungen und krankhafte Zustände der jungen Mädchen, gegen die mancherlei Gefahren und Laster, die an den jungen Mann infolge der überlieferten zweifachen Moral herantreten. Es gibt keine besseren Schutzwehren gegen diese Gefahren, als wenn der Knabe sich an das Mädchen als an den guten Kameraden gewöhnt, als wenn der junge Mann in der heranwachsenden Jungfrau die Mitstrebende schätzt und achtet und er sich neben einer klugen, treuen Mutter einer verehrten Lehrerin erinnert, die ihm auf manchem Pfade des Wissens als Führerin vorangeschritten ist. Ein anderer Grund kommt noch für unsere Forderung in Betracht. Je mehr die Frau als gleichberechtigt hinaus ins Leben tritt und Gelegenheit hat, ihre Persönlichkeit zu entfalten, um so mehr wird sich ihre weibliche Eigenart entwickeln. Die Emanzipation der Frau führt nicht zu dem Resultat, das schreckhafte Philister vorausgesagt haben: zum Verwischen des weiblichen psychischen Wesens. Nicht zu einer grotesken Kopie, nicht zu einem Affen des Mannes wird sich die von sozialen Schranken befreite Frau entwickeln, sondern gerade ihre weibliche Eigenart wird frei erblühen. Je weiter aber die Entwicklungslinien der Geschlechter auseinanderlaufen, um so wichtiger wird der gemeinsame Unterricht für das Verständnis, das harmonische Zusammenwirken der Geschlechter.

Ich will nun noch kurz auf die Notwendigkeit einiger weiterer Reformen hinweisen. Wir bedürfen ganz anderer Schulgebäude als jetzt. Das Elend der einschlägigen Verhältnisse auf dem Lande wurde gekennzeichnet durch den Prozeß Trakehnen. 120000 Mark wurden für den Gestütsstall ausgegeben, die edlen Pferde fraßen aus Marmorkrippen, die 62 Schulkinder fanden dagegen im Schulzimmer keinen Raum und mußten

zur Hälfte mit ihren Büchern am Fenster stehen. Über eine Million Kinder werden in Preußen in überfüllten Klassen unterrichtet. („Hört! Hört!“) Auch in Sachsen, Württemberg und Baden sind die Volksschulen überfüllt. Diese Überfüllung aber steht im Gegensatz zu der Forderung, daß die körperliche Gesundheit der Kinder in der Schule geschützt sein und gefördert werden soll. Die Schulhäuser sollen schöne, gesunde Gebäude sein. In den großen Städten liegen die Verhältnisse ja besser als auf dem Lande, aber auch hier bleibt genug zu wünschen übrig. In den großen Klassenzimmern herrscht häufig infolge der Überfüllung eine verpestete Luft, und unter der zusammengepferchten Schülerzahl ist die Verbreitung ansteckender Krankheiten leicht möglich. Beleuchtung, Ventilation, Bänke usw. müssen den Anforderungen der Hygiene entsprechen. Auch die Forderung wird nur äußerst selten berücksichtigt, daß die Schulen inmitten großer Gärten liegen sollen. Turnplatz, Schulspielplatz und Schulgarten sind nötig im Interesse der gesunden körperlichen Entwicklung der Kinder, sollen aber auch im Dienste des Anschauungs- und Arbeitsunterrichts, der künstlerischen Erziehung, der Pflege des Gemütslebens stehen. Der aufgestellten Forderung schließt sich die auf Errichtung von Brausebädern und auf Anstellung von Schulärzten an. Erst 239 deutsche Schulverwaltungen haben im ganzen noch nicht 700 Schulärzte angestellt. Im kleinen Norwegen hat jede Schule ihren Schularzt, jede Mädchenschule ihre Schulärztin. Wir verlangen weiter, daß Lehr- und Lernmittel den Anforderungen der Hygiene entsprechen. So müßten zum Beispiel die schlechtgedruckten Schulbücher, eine Ursache der Kurzsichtigkeit, verboten werden. Warum geschieht das nicht? Weil kapitalistische Interessen daran hängen, die mehr Schutz erfahren als die Augen unserer Kinder.

Eine Hauptforderung auch im Interesse einer gründlichen Schulreform ist, daß die Stellung der Lehrer in jeder Hinsicht

eine durchgreifende Verbesserung erfährt. Die Schulfrage ist zum großen Teil eine Lehrerfrage. Für die Volksschullehrer muß an Stelle der vielfach unzulänglichen, wissenschaftlich und sozial verfälschten Bildung in den Seminaren, auf denen die harte Hand der Orthodoxie lastet, die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu harmonisch gereiften, starken Persönlichkeiten zu entwickeln, mild nach unten, steifnackig nach oben! (Lebhafter Beifall.)

Wir fordern weiter, daß eine größere Zahl von Lehrern angestellt wird. In Deutschland kommen im Durchschnitt 61 Schüler auf einen Lehrer. In Preußen beträgt die zulässige Maximalzahl der Schüler 70, in Sachsen 60. Diese Maximalzahl wird aber in einer sehr großen Zahl von Fällen ganz bedeutend überschritten. Das ist grober Unfug. In Schlesien waren 1899 für 14507 katholische Klassen nur 10828 Lehrer vorhanden; in 599 von 1116 katholischen Schulen Schlesiens kamen mehr als 80 Schüler auf einen Lehrer, in 252 mehr als 100, in 7 Klassen sogar 170 bis 200 Schüler. („Hört! Hört!“) In Sachsen unterrichtet ein Volksschullehrer im Durchschnitt 62,7 Schüler; im Bezirk Auerbach 80, im Bezirk Chemnitz-Land 83,5. Diese große Überfüllung der Klassen aber bedeutet für den Lehrer die totale Unmöglichkeit, der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung des einzelnen Schülers die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Trotz des besten Willens kann er die individuelle Eigenart des Schülers nicht beachten. Für den Lehrer selbst bedeutet die Überfüllung der Klassen einen Raubbau an seiner Kraft, eine Überlastung – man bedenke, daß der Unterricht Vorbereitungs- und Nacharbeit nötig macht –, der auf die Dauer kein Mensch gewachsen ist, am allerwenigsten der Volksschullehrer mit seinem kärglichen Gehalt. 1894 teilte Minister Bosse im Preußischen Abgeordnetenhaus mit, daß von 3259 Lehrern in Westpreußen 200 nur 451 bis 500 Mark Jahresgehalt bezögen („Pfui!“), 1897 trat eine Gehaltsaufbesse-

rung von 22 Prozent ein. Aber für die ständigen Lehrer Preußens beträgt das Grundgehalt trotzdem nur 900 Mark, für die nichtständigen Lehrer und Lehrerinnen sogar nur 720 Mark. In Ostpreußen aber beziehen 98 Prozent der Lehrer nur das Minimalgehalt. In Bayern, Württemberg, Sachsen und Braunschweig erhalten die Lehrer 1200 Mark Grundgehalt, immer noch wenig genug. Das niedrige Gehalt der Lehrer bedingt eine niedrige Lebenshaltung, die nicht im entferntesten imstande ist, ein Äquivalent für verausgabte und zu verausgabende Kraft zu liefern. Die Folge ist für den Lehrer eine Minderung seiner geistigen und sittlichen Kraft, seiner Frische und Leistungsfähigkeit, eine Behinderung der Weiterbildung. Dieses niedrige Gehalt peitscht aber auch den Lehrer auf, sich Nebenverdienst zu suchen. In den großen Städten übernehmen die Lehrer Kontor- und Schreibarbeiten, sie lesen Korrekturen, oder sie quälen sich mit Privatunterricht die Seele aus dem Leibe heraus. Das Gesagte gilt erst recht für die Lehrerinnen, die oft noch schlechter daran sind als die Lehrer. So haben wir sorgengepeinigte, abgehetzte Lehrer und Lehrerinnen, die nicht die nötige Kraft und Freudigkeit für den hohen Beruf haben können, die Kinder des Volkes zu harmonisch entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen. Wollen wir eine bessere Volksschule, so müssen wir also auch die Besserstellung der Lehrer und Lehrerinnen fordern. Wie gering wertet doch die bürgerliche Gesellschaft die höchste, die wichtigste aller Tätigkeiten, die Veredelung und Erziehung des Menschengeschlechts! Vergleichen Sie nur einmal den Kurswert eines Volksschullehrers und eines Hauptmanns auf der bürgerlichen Heiratsbörse.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit kann ich leider auf die sehr wichtige Seite nicht eingehen, wie die Volksschule durch Gestaltung des Schulgebäudes, Ausschmückung der Klassenzimmer, Beschaffenheit der Lehr- und Lernmittel und anschauliche Einführung in die Schönheiten der Natur und Kunst die

künstlerischen Anlagen und Kräfte des Kindes entwickeln muß.

Die Volksschule muß vorbereitet werden durch die Kindergärten, sie wird ergänzt durch Einrichtungen aller Art, welche den Kindern vor und nach dem Unterricht liebevolle und verständige Aufsicht, Pflege, Erziehung gewähren, durch Einrichtungen, welche in der schulfreien Zeit, die Ferien inbegriffen, in methodischer, verständiger Weise für die Erziehung in weitestem Sinne sorgen. Die Errichtung der einschlägigen Anstalten würde ein hervorragendes Gebiet der Betätigung bisher mißbrauchter oder auch zur Untätigkeit verurteilter weiblicher Arbeitskraft schaffen, ein Gebiet, das sich eng an den häuslichen, mütterlichen Pflichtkreis der Frau anschließt, eine Erweiterung und Vertiefung desselben bedeutet. Alle die vielen Frauen, denen die Ehe oder Kindersegen versagt ist, alle, die durch Begabung und Neigung auf mütterliches Walten verwiesen werden, können sich hier zum Nutzen der Allgemeinheit, zur eigenen Befriedigung betätigen. All ihre mütterliche Liebe, Wärme, Einsicht können sie da den Kindern anderer geben. Es ist eine sittliche Pflicht der Gesellschaft, für die Betätigung aller im Weibe ruhenden Kräfte Raum zu schaffen.

Wir Frauen haben die Pflicht, im Kampfe um die Reform der Schule voranzugehen, um eine Reform, durch welche die Erziehung in der Familie nicht überflüssig gemacht, sondern ergänzt werden soll. Wir brauchen für das heranwachsende Geschlecht die volle Wahrung, ja, die Vertiefung des elterlichen Einflusses. Elterliche Erziehung und öffentliche Erziehung lösen einander nicht ab, sondern vervollständigen sich. Wir können der elterlichen Erziehung im Heim nicht entraten, auf daß die Kinder zu starken Persönlichkeiten von ungebrochener Eigenart erwachsen. Wir bedürfen der gemeinsamen Erziehung in öffentlichen Anstalten, damit die Persönlichkeit

nicht zum Individualitätsprotzen entarte, damit sie in brüderlicher Empfindung und Gesinnung mit allen, mit der Allgemeinheit, verbunden bleibt und alles begreift, was sie ihr verdankt und was sie ihr schuldet. Wir Frauen sind vor allem berufen, im Kampfe für eine grundlegende Reform des Schul- und Erziehungswesens voranzugehen, weil wir Mütter sind und Mütter werden sollen. Wenn das Ziel der Erziehung sein soll, jeden Menschen zum Lebenskünstler im edelsten Sinne des Wortes zu bilden, zu einer Persönlichkeit, welche das Leben in seinem reichen Inhalt, seinem gewaltigen Umfange zu erfassen vermag . . . dann müssen wir unsere Kraft für diese hohe Aufgabe einsetzen. Wir, die wir das heranwachsende Geschlecht in unserem Schoße tragen und es mit unseren Säften nähren; wir, die wir auf das heranwachsende Geschlecht die Entwicklung unseres Hirns, den stolzen, freien Schlag unseres Herzens übertragen – wir müssen in der ersten Reihe stehen, wenn es sich darum handelt, den Kindern die Möglichkeit zu erringen, zu Lebenskünstlern zu werden.

„Die Schulfrage, Referat,
gehalten auf der 3. Frauenkonferenz in Bremen“,
Berlin 1904.

Dringende Aufgaben

Oktober 1904

Bei den Verhandlungen der Frauenkonferenz über die Frage der Agitation haben fast alle Rednerinnen sowohl auf die Notwendigkeit wie auf Mittel und Wege hingewiesen, die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen kräftig zu fördern. Außer dem Austausch von Erfahrungen und Anregungen, die sich besonders auf die Werkstubenagitation, auf andere gewerkschaftliche Kleinarbeit und den Ausbau der Beschwerdekommisionen bezogen, zeitigte die Konferenz zwei einschlägige Beschlüsse.

Die von den Genossinnen geforderten Ermittlungen darüber, wie viele erwerbstätige Frauen, deren Männer organisiert sind, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören, bedeuten unseres Erachtens vor allem einen Appell an das Pflichtgefühl der klassenbewußten Proletarier. Sie sollen daran erinnert werden, daß zwischen Theorie und Praxis, zwischen Überzeugung und Tun kein Widerspruch klaffen darf.

Wer einen Einblick in das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe erlangt hat, wer in der Folge die Notwendigkeit klar erkennt, daß die Ausgebeuteten fest zusammengeschlossen im wirtschaftlichen Klassenkampfe gegen das Ausbeutertum um bessere Arbeitsbedingungen, um die Hebung ihrer Lage ringen müssen: der ist auch verpflichtet, betreffs der Beteiligung der Arbeiterinnen an der gewerkschaftlichen Organisation die

praktischen Konsequenzen zu ziehen. Es muß als eine schwere Unterlassungssünde empfunden und vermieden werden, daß ein Arbeiter sich selbst der Segnungen der Gewerkschaft erfreut und bemüht ist, seine Kameraden von ihnen zu überzeugen, aber nicht mit dem gleichen Ernst dafür wirkt, auch seine erwerbenden weiblichen Angehörigen ihrer Berufsorganisation zuzuführen und zu einsichtsvollen, pflichttreuen Gewerkschafterinnen zu erziehen. Die weiblichen Familienmitglieder, welche als Arbeiterinnen, als Ausgebeutete die Lasten und Härten des Ringens ums tägliche Brot mit dem Familienvater teilen, dürfen so wenig wie er des Schutzes durch die Macht der gewerkschaftlichen Organisation entbehren. Sie sind seine Leidensgefährtinnen im Joche des Kapitals, sie müssen in der Folge auch die Gefährtinnen seines Kampfes zur Zügelung der kapitalistischen Profitgier sein, seine Mitarbeiterinnen am Werke, die Ausgebeuteten mit Kraft und Tüchtigkeit auszurüsten, die Ketten der kapitalistischen Ordnung zu sprengen und dem Proletariat eine Welt der Freiheit, edelsten Menschentums zu erobern. Wie dem englischen Sprichwort nach das Wohltun, so müssen auch die Pflichten und Tugenden des guten Gewerkschafters, des guten Genossen zu Hause beginnen. In dieser Beziehung unablässig aufklärend zu wirken, die Erkenntnis der Arbeiter zu schärfen, auf die Umsetzung der Erkenntnis in die Tat zu dringen: das ist eine Verpflichtung, die den Genossinnen zufällt, welche für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen tätig sind.

Daneben hat ihnen die Konferenz eine andere wichtige Aufgabe zugewiesen. Sie sollen überall, wo es möglich ist, in Verbindung mit dem Gewerkschaftskartell eine Kommission bilden, welche die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiterinnen zu fördern hat. Was können, was müssen diese gewerkschaftlichen Agitationskommissionen der Genossinnen tun?

Es versteht sich am Rande, daß dieselben ihre Wirksamkeit nicht darin erschöpfen dürfen, hin und wieder die Veranstaltung einer Versammlung zu veranlassen, in der eine Referentin zu den Arbeiterinnen spricht, und die damit verknüpfte kleine praktische Arbeit zu leisten. Ihre Tätigkeit muß vielseitiger und tiefergehend sein. Den gewerkschaftlichen Agitationskommissionen der Genossinnen fällt es zu, sich durch Ermittlungen und Studium, durch regen und stetigen Verkehr mit den Arbeiterinnen, durch lebendige Anteilnahme an der Gewerkschaftsbewegung usw. genauen Einblick in die Arbeits- und Existenzbedingungen des weiblichen Lohnproletariats am Orte zu schaffen. Mittels des gesammelten und gesichteten einschlägigen Materials haben sie die Agitation jeder Art unter den Arbeiterinnen – sowohl diejenige durch öffentliche Versammlungen wie die Werkstuben- und Hausagitation – vorzubereiten und zu fördern. Sie müssen zu diesem Behuf das Material unter Umständen in Flugblättern oder kurzen Broschüren verarbeiten, müssen es, ebenso wie die Erfahrungen bei ihrem Wirken, in der Arbeiterpresse veröffentlichen. Sie bewirken damit, daß das aufklärende Wort, welches das Ohr, den Verstand der erwerbstätigen Proletarierin sucht, jederzeit voll aktuellen, persönlichen Lebens für diese ist, mit größerem Interesse vernommen, besser begriffen, williger beachtet wird als allgemeine Erkenntnisse und Schlußfolgerungen.

Die Kommissionen haben ferner ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Agitation mit Ersparnis an Kräften und Mitteln, daß sie stetig und planmäßig betrieben wird. Wie oft wäre es nicht möglich, die vorübergehende Anwesenheit einer tüchtigen gewerkschaftlichen Agitatorin in einem Orte, in einem Bezirk der Aufklärung und Organisierung der verschiedenen Arbeiterinnenkategorien nutzbar zu machen. An Stelle einer Versammlung für die Arbeiterinnen eines Gewerbes allein kann eine allgemeine Arbeiterinnenversammlung treten,

die Verlängerung des Aufenthaltes um einen Tag oder zwei vermag eine zweite Agitationsreise zu ersparen usw. Die Agitation darf vor allem unter einer Kategorie von Lohnsklavinnen nicht heute in Gestalt einer erfolgreichen öffentlichen Versammlung einsetzen, um vielleicht morgen schon wieder einzuschlafen. Was durch wohlvorbereitete öffentliche Agitation erreicht worden ist, das müssen die Genossinnen vielmehr geduldig und liebevoll in treuer Kleinarbeit hegen und pflegen. Es ist nicht damit allein schon getan, den Gewerkschaften weibliche Mitglieder zu gewinnen, es gilt, sie ihnen zu erhalten, sie zu guten Gewerkschafterinnen heranzubilden. Die Kommissionen müssen daher einen ununterbrochenen und lebendigen Verkehr mit den weiblichen Organisierten ihres Wohnorts unterhalten.

Zu diesem Zwecke haben sie sich besonders eifrig der Werkstuben- und Hausagitation zu widmen. Mehr noch als die Rückständigkeit im Denken und die Lebensgewohnheit hält die Überbürdung mit Arbeit die berufstätige Proletarierin vom regelmäßigen Besuch der Gewerkschaftsversammlungen ab. Die Genossinnen müssen in der Folge zumal die verheirateten Arbeiterinnen recht oft am häuslichen Herde aufsuchen, wenn die unter Mühen und Opfern geknüpften Verbindungsfäden zwischen ihnen und der Gewerkschaft nicht zerrissen, sondern gefestigt werden sollen. Sie haben die Gewerkschaftskartelle auf jeden Vorgang innerhalb der Arbeiterinnenkreise aufmerksam zu machen, welcher geeignet ist, als Ausgangs- und Stützpunkt der gewerkschaftlichen Agitation zu dienen, welcher das Eingreifen der Organisation in irgendeiner Beziehung fordert. Sie müssen die Kartelle veranlassen, sie in der gleichen Weise auf dem laufenden zu halten, sie zu allen Werkstubenversammlungen heranzuziehen, bei denen die Beteiligung der Arbeiterinnen in Frage kommt. Empfehlenswert dürfte es sein, jedem Kommissionsmitglied einen festen Wirkungskreis unter

den Arbeiterinnen eines bestimmten Gewerbes zuzuweisen, und das auf Grund des Vertrautseins mit den betreffenden Arbeits- und Lebensbedingungen. Dadurch wird dreierlei erreicht: daß die gewerkschaftlich tätigen Genossinnen schneller und leichter das Vertrauen der Arbeiterinnen gewinnen, welche sie der Organisation zuführen wollen; daß sie in engere persönliche Fühlung zu ihnen treten und einen stärkeren, nachhaltigeren erzieherischen Einfluß auf sie auszuüben vermögen; endlich daß sie ihr Arbeitsgebiet immer besser bemeistern, es erweitern und zu größeren Aufgaben vorwärtsschreiten können.

Bei ihrer Tätigkeit muß die Kommission besonders auch eines ins Auge fassen: die Heranbildung eines Stammes tüchtiger gewerkschaftlicher Agitatorinnen und Organisatorinnen aus der Arbeiterklasse. Die Umstände sind dem günstig. Einmal ist die Wirksamkeit der Kommission selbst ganz dazu angetan, ihren Mitgliedern als treffliche Schule zu dienen. Sie rüstet dieselben nicht bloß mit Sachkenntnis in betreff der Arbeiterinnenlage und des Gewerkschaftslebens aus, verleiht ihnen nicht nur rednerische Gewandtheit und praktische Erfahrung, sondern erzieht sie auch zur richtigen Bewertung der tatsächlichen Verhältnisse, zum nüchternen Abwägen der Kräfte, zur zähen Geduld, zum stillen Opfermut, kurz, sie entwickelt all die Charaktereigenschaften, deren die gewerkschaftliche Agitatorin und Organisatorin in hervorragendem Maße neben der Fähigkeit bedarf, überzeugen, begeistern zu können. Dann aber bietet die Arbeit der Kommission reiche Gelegenheit, fähige und charaktervolle Arbeiterinnen kennenzulernen, sie anzuspornen, ihre Entwicklung zu fördern, sie aus Lernenden zu Lehrenden heranzubilden, die ihrerseits für die gewerkschaftliche Organisierung ihrer Arbeitsschwestern wirken. Die Beschränkung der Kommissionstätigkeit auf einen bestimmten Ort, ihr steter, systematischer Charakter, das

regelmäßige Zusammenarbeiten mit dem Kartell sind der agitatorischen und organisatorischen Schulung der Frauen sehr förderlich.

Die Genossinnen dürfen für die Gründung und das Werk der örtlichen Agitationskommissionen sicherlich auf tatkräftige Förderung seitens der Gewerkschaftskartelle rechnen. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ richtet in Nr. 39 an dieselben eine eindringliche Mahnung, die sich mit dem Beschluß der Frauenkonferenz deckt. Die an statistischem Material und Anregungen reiche Arbeit über „Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1903“ stellt fest, daß nur in 15 Kartellorten gewerkschaftliche Frauenagitationskommissionen bestanden, und die Zahl der Bericht erstattenden Kartelle betrug 387! 15 und 387, diese beiden Zahlen zeigen zum Greifen deutlich den unendlich großen Abstand, der zwischen der Beteiligung der Arbeiter und der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsorganisation besteht, lassen aber auch scharf erkennen, von welchem geringen Umfange noch die gewerkschaftliche Mitarbeit der Genossinnen ist. Im Laufe des letzten Jahres wurden in sieben Orten Frauenagitationskommissionen gegründet, nämlich in Ansbach, Charlottenburg, Dresden, Hamburg, Offenbach am Main, Pinneberg und Solingen. Aber der Zahl der Neugründungen steht die gleiche Verlustzahl gegenüber, für Bremen, Emmendingen, Gießen, Mylau, Reichenbach, Schwabach und Unna ist keine solche Kommission mehr verzeichnet. Der genannte Artikel erklärt dann auch: „Läßt die agitatorische Tätigkeit der Kartelle im allgemeinen vieles zu wünschen übrig, so geschieht ganz besonders in bezug auf die Agitation unter den Frauen viel zu wenig. In den Gewerkschaften wird der Frauenagitation immer mehr Aufmerksamkeit zugewendet, und die Gewerkschaftsstatistik weist für 1903 die erfreuliche Tatsache einer Zunahme von 12448 weiblichen

Mitgliedern nach. Die Gewerkschaftskartelle könnten aber nach dieser Richtung sehr wesentliche Dienste leisten, wenn sie sich die Einsetzung von weiblichen Agitationskommissionen mehr als bisher angelegen sein ließen.“

Wir sind überzeugt, daß diese begrüßenswerte Aufforderung nicht ungehört verhallt, vielmehr den Genossinnen beträchtlich erleichtert, den Beschluß der Frauenkonferenz zur Durchführung zu bringen. Es bedeutet für ihre einschlägigen Bestrebungen eine wertvolle moralische Unterstützung, die in praktische Förderung umschlagen muß, daß auf die vorliegende dringliche Aufgabe die Generalkommission hinweist, die jederzeit mit ebensoviel Eifer als Verständnis, durch Rat und Tat für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen eingetreten ist.

Gewiß: Gewerkschaftliche Frauenagitationskommissionen lassen sich nicht überall nach Belieben aus dem Boden stampfen. Ihre Gründung und gesunde Entwicklung hat nicht nur die nötige Einsicht, das tatkräftige Wollen der Gewerkschaftskartelle zur Voraussetzung, sondern auch das Vorhandensein eines Stammes geschulter, eifriger Genossinnen, welche die Wichtigkeit und die Natur der vorliegenden Pflichten begreifen. Die Liste der Bericht erstattenden Gewerkschaftskartelle weist jedoch eine stattliche Anzahl von Orten auf, wo die Frauenbewegung über die ersten Anfänge hinaus ist und genügend Kräfte entfaltet hat, welche den Aufgaben der Agitationskommissionen gewachsen sind. Sicher, daß diese Körperschaften nicht von Anfang an als fertige Mustergebilde in Erscheinung treten und wirken werden. Auch für ihre Tätigkeit gilt, daß sie arbeitend, auf Grund der praktischen Erfahrungen sich entwickeln und zu reifer Leistungsfähigkeit gelangen müssen. Aber wenn zu dem Verständnis der Genossinnen für die Bedeutung und die Ziele der Kommissionen, wenn zu ihrer Arbeitsfreudigkeit die überlegene agitatorische

und organisatorische Erfahrung der Gewerkschaften tritt, so kann eine kraftvolle, erfreuliche Entwicklung und Wirksamkeit der Frauenagitationskommissionen nicht ausbleiben. Ungesäumt und mit aller Energie darum ans Werk, Genossinnen, um auch diese Form der gewerkschaftlichen Mitarbeit eurerseits den Interessen der Arbeiterinnen, dem proletarischen Befreiungskampf dienstbar zu machen. Nicht ein einziger Weg darf unbeschritten bleiben, welcher dem Ziele zuführt, die Millionen lohnfrondender Proletarierinnen dem Heere des klassenbewußt vorwärtsdrängenden Proletariats einzugliedern.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 19. Oktober 1904.

Im Zeichen des Klassenkampfes

November 1904

Ohne Beachtung und Protest seitens der bürgerlichen Presse, die sich gewöhnlich gierig auf jedes sensationelle Ereignis stürzt, ist ein Unrecht eingeleitet – zur Zeit, wo wir diese Zeilen schreiben, vielleicht schon Tatsache geworden –, das seinesgleichen suchen dürfte. Ein blutiges Unrecht, das dem natürlichen und sozialen wie dem gesetzlichen Recht frech, brutal ins Antlitz schlägt und ein Glied der Gesellschaft trifft, welches doppelten und dreifachen Anspruch auf die Sicherung ungeschmälerten Rechtes haben sollte: eine proletarische Mutter.

In Sommerfeld in der Niederlausitz soll, nach der „Märkischen Volksstimme“ in Forst, einer älteren Witwe, welche als Textilarbeiterin ihre drei unmündigen Kinder ernährt, das Vormundschaftsrecht über diese entzogen werden. Also hat es der Waisenrat der Gemeinde beschlossen, und also hat es das Vormundschaftsgericht in einem ersten Termin bestätigt. Und der Grund der Entscheidung? Weil die Witwe organisiert, weil sie Mitglied des Textilarbeiterverbandes ist. Als jüngst in Sommerfeld ein neuer Waisenrat sein Amt antrat, eröffnete er der Frau, daß sie dem Textilarbeiterverband den Rücken kehren müsse, falls sie weiterhin Vormund über ihre Kinder bleiben wolle. Das Vormundschaftsgericht unterschrieb dies ungeheuerliche Ansinnen mit einer ebenso ungeheuerlichen Begründung. Es erklärte, wenn die Mutter einer sozialdemo-

kratischen Gewerkschaft angehörte, so würden die Kinder vernachlässigt. So oder so: Die Witwe soll eines Rechtes beraubt werden, das ihr gesetzlich zusteht. Entweder ihres Mutterrechtes zur Vormundschaft, welches kraftvoller noch als durch den Akt des Gebärens und den Buchstaben des Gesetzes durch die Tatsache gestützt wird, daß die Frau die Ernährerin ihrer Kinder ist. Oder aber ihres Koalitionsrechtes, welches in der gesetzlich anerkannten Notwendigkeit wurzelt, daß die Lohnsklavin in Gemeinschaft mit ihren Berufsgenossen ihre Interessen gegen die Raffgier des ausbeutenden Kapitals schützen muß. Die Frau wird ihr Recht weiterverfolgen, und die Organisation, der sie die Treue bewahrt, wird ihr dabei schützend zur Seite stehen. Aber welches auch immer der Ausgang des Kampfes sein wird: er ist von großer, allgemeiner Bedeutung.

Die Angelegenheit mit ihrem Drum und Dran führt mitten hinein in das Martyrium und Heldentum der Proletarierin. Sie zeigt uns dieselbe als Glied der ausgebeuteten und leidenden, aber auch der gegen die Ausbeutung kämpfenden Klasse, und grell, einem aufflammenden Blitz gleich, läßt sie den tödlichen Haß in Erscheinung treten, mit welchem die ausbeutenden Klassen das Ringen des Proletariats um Erhebung und Freiheit verfolgen.

Da ist ein Weib, ein „schwaches Weib“, wie die landläufige Redensart lautet. Der Zufall der Geburt hat in dieser erbarungslosen Welt der Auswucherung der Armen durch die Reichen die schwere Last des Existenzkampfes – und das wahrscheinlich von zarter Jugend an! – auf seine Schultern gebürdet. Die Ehe bringt Kindersegen, Mutterpflichten; der Zwang zu verdienen aber macht sich nach wie vor mit eherner Gewalt geltend. Ja, mehr noch: Er wird mit jedem Mäulchen verschärft, das gesättigt werden muß. Was das bedeutet? Oh, ihr schmerzreichen proletarischen Mütter, die ihr eure

Kinder nicht bloß pflegen und erziehen sollt, die ihr ihnen jeden Bissen Brot miterwerben müßt, ihr wißt es! Ein fieberhaftes, qualvolles Hin und Her zwischen der harten Brotfron und den verantwortungsvollen Pflichten der Mutter; Nächte ohne Schlaf, Feiertage ohne Rast und Freude! Und dann geschieht das Furchtbare. Der Mann stirbt, ehe die Kinder heran-gewachsen sind. Etwas Alltägliches das! Zu Hunderttausenden und Hunderttausenden mäht die Ausbeutung mit ihren Folgen Proletarierleben ab, lange ehe das Alter gekommen. Nun muß die Frau Mutter und Vater zugleich sein, muß sie allein die ganze Bürde für den Unterhalt ihrer Kleinen tragen. Sie steht am Tage in der Fabrik, des Nachts daheim am Waschfaß, werktags webt sie fremdem Reichtum feines Linnen, warme und weiche Wolle, schimmernde Seide, sonntags flickt sie sich und den Waislein armselige Fähnchen zusammen. Sie arbeitet nicht mehr, sie schuftet; sie darbt nicht nur, sie hungert, um für die geliebten Kinder zu sorgen.

Aus des Lebens bitterer Not aber erwächst der Witwe eine neue Erkenntnis und ein neuer Wille. Sie lernt begreifen, daß sie ihre Pflicht als Mutter nur halb tut, daß sie widerstandslos einen Raub an ihren Kleinen geschehen läßt, solange sie sich nicht gegen die Ausbeutung wehrt, die ihr die Kraft aus den Knochen, die Frische und Freudigkeit aus Herz und Hirn saugt. Und sie versteht, daß sie sich in Gemeinschaft mit denen wehren muß, die gleich ihr, zusammen mit ihr Leibeigene des Kapitals sind. In der gedrückten, getretenen Lohnsklavin schlägt die klassenbewußte Proletarierin die Augen auf. Sie will kämpfen, und sie kann kämpfen. Die Frau tritt der Gewerkschaft ihrer Berufsgenossen bei. Die Macht der Organisation soll ihr geben, was Profitsucht und Herrendünkel der Kapitalisten ihr vorenthalten: Zeit, nur Zeit, um sich den Kindern widmen zu können; auskömmlichen Lohn, um die Bedürfnisse der jungen Leiber und Geister zu stillen; einen Teil

des Menschentums, welches die kapitalistische Profitmühle fühllos, gewissenlos zermalmt. Einer für alle, alle für einen, das ist die erhebende Moral der proletarischen Solidarität, deren fruchtbare Bedeutung sich der Witwe an dem Geist, an den Zielen der Organisation erschließt. An dem Stamm der notwendigen Verteidigung eigener Interessen sprießt und öffnet sich die herrliche Blüte des Gemeinsinns. Das Wesen der kapitalistischen Ordnung sorgt dafür, daß der Kampf um das tägliche Brot der Arbeiterin und der Ihrigen sich zum Ringen um das Recht, die Freiheit der Arbeiterklasse weitet; zu dem Streben nach dem kleinen Augenblicksvorteil tritt der Kampf um das hehre Ideal.

So lernten die Kinder in der Mutter mehr schätzen als die treubesorgte Ernährerin und Pflegerin allein: die Klassenkämpferin, die Gesellschaftsbürgerin, die mit erschlossenem Sinn und mutvollem Herzen die höchsten Bürgertugenden übt. Ein erzieherisches Beispiel für das ganze Leben, das köstlichste, weiterwirkende Erbe, das eine Mutter ihren Kindern hinterlassen kann. Wenn Bürgerkronen zu vergeben wären, wer hätte mehr Anspruch auf eine solche als die Witwe, die mit müden Füßen und wunder Seele über die Dornen und Steine einer proletarischen Existenz dem Brote für ihre Kinder nachging und auf diesem Marterwege an der Erfüllung ihrer Mutterpflicht zur Erfüllung ihrer Klassenpflicht erstarkte; die aus harter persönlicher Sorge nicht Verbitterung, Egoismus und Verzweiflung emporquellen ließ, vielmehr die selbstlose Hingabe an die Interessen der Allgemeinheit, das bewußte Wirken für eine bessere Gegenwart, für eine freie Zukunft.

Keine Bürgerkrone ist es jedoch, was unsere kapitalistische Gesellschaft für die Aufopferung und den Heroismus dieses schlichten und doch so reichen Lebens beut. Entrechtung stellt sie dafür in Aussicht. Was hohe Tugend ist, wertet sie als eitel Verbrechen, das zu strafen sie sich anschickt. Die

Lohnsklavin, welche sich vermaß, als gewerkschaftlich Organisierte die Hand mitbessernd an die Übel unserer Tage zu legen, sie hat gesündigt wider den Himmel der kapitalistischen Profitgier. Sie ist eine Rebellin gegen die Macht des Kapitals, den lebendigen Menschen toten Maschinen gleich auszubeuten. Das muß geahndet werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Herren Kapitalisten, vom „heiligen Goldhunger“ findig gemacht für alle Kniffe und Piffe einer Gewinnsteigerung und fühllos für alles menschliche Empfinden, auf die Mutterliebe spekulieren, um die verheirateten Arbeiterinnen besonders auszunutzen. Wie sie, also rechnen auch Organe der kapitalistischen Gesellschaft schamlos mit dem heiligen Gefühl, um einer Ausgebeuteten mit der Koalitionsfreiheit die Waffe zur Verteidigung ihrer Interessen aus der Hand zu winden.

Her mit deinem Mutterrecht oder mit deinem Bürgerrecht, so herrschen sie die Witwe an. Sie haben keine Achtung vor dem natürlichen Recht der Mutter, die ihr Kind bange Monate unter dem Herzen trug, es unter Schmerzen und in Todesgefahr gebar und dann mit den Säften ihres Körpers nährte. Sie sind blind für das soziale Recht, welches die Witwe durch treue Erfüllung ihrer Mutterpflicht, in langen Jahren sauren Mühens ums kärgliche Brot ihrer Kinder, errungen hat. Sie pfeifen auf das Gesetz, welches der Arbeiterin die Freiheit gewährt, sich mit ihren Berufsgenossen zu Schutz und Trutz gegen das Kapital zu verbinden, eine Freiheit, welche die Witwe ausgenutzt hat, ausnutzen mußte, gerade weil sie ihr Fleisch und Blut nähren, pflegen und erziehen wollte.

Die Kinder würden verwahrlosen, wenn die Mutter einer sozialdemokratischen Gewerkschaft angehörte, so hieß es. Und sie ersticken nicht an der Lüge, alle die Gutgesinnten, die diesen Ausspruch nachplappern! Wie viele Väter mögen sich unter ihnen befinden, die ungeachtet ihres Wohlstandes ihre unehelichen Kinder verleugnet haben und verwahrlosen ließen,

ihre ehelichen Sprößlinge durch Unverständnis und Lieblosigkeit dem Verkümmern und Verkommen überantworteten! Wie viele Väter und Mütter, die nicht auf Grund persönlichen Sorgens und Mühens ihren Elternpflichten genügten, sondern nur dank der Ausbeutung von Vätern und Müttern proletarischer Kleinen! Die ihr die Mutterehre der Witwe begehrt, habt ihr für eure Kinder gehungert wie die Arme, für sie gefrontet gleich ihr mit perlender Stirn und schmerzenden Gliedern? Habt ihr in rücksichtsloser Lohnfron die sausenden Peitschenhiebe der kapitalistischen Ausbeutung ertragen, die Notwendigkeit empfunden, gegen ihre lauernde Gier Menschenwürde und Mutterpflicht schützen zu müssen?

Heuchler und Ottergezücht! Die Mutter schlägt ihr, die klassenbewußte, kämpfende Proletarierin meint ihr. So schmähet ihr durch Taten schreiendes Unrechtes, was ihr mit den Lippen lobpreiset: die Mütterlichkeit, der ihr einen göttlichen Thron errichtet habt; den Gemeinsinn, die Bürger-tugend, dem ihr Lorbeeren windet; die Treue, der ihr Denkmäler errichtet! Indem ihr Rechte zertrümmert und Begriffe verkehrt, zeigt ihr den gähnenden Abgrund auf, welcher die Welt des Proletariats von der Welt des Kapitals trennt. Das Attentat gegen das Recht der Witwe ist eines jener Stroh-hälmmchen, die erkennen lassen, woher der Wind kommt und wohin er bläst. Er kommt aus der Wetterecke grimmsten kapitalistischen Klassenhasses, und er bläst in die Richtung einer Meuchelung proletarischen Rechtes. Mit dem steigenden Hasse der Ausbeutenden kündigt er die reife Macht der Ausgebeuteten, die im Bewußtsein einstiger Freiheit kraftvoll an ihren Ketten rütteln.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 2. November 1904.

Der Kampf im Ruhrgebiet

Januar 1905

Was sich seit Wochen ankündigte, hat sich erfüllt. Am 17. des Monats haben die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen jeder Richtung den Generalausstand beschlossen, beschließen müssen, sicherlich nicht leichten Herzens, vielmehr in vollem Bewußtsein der Härte, Erbitterung und Gefahren des Riesenkampfes und der ernstesten Verantwortung, die er den Organisationen und den Organisierten auferlegt. Nachdem zuerst die Belegschaft der Zeche „Bruchstraße“ in den Streik getreten war, um die angesonnene Verlängerung der Schichtdauer abzuschlagen, griff die Ausstandsbewegung mit elementarer Gewalt um sich. Binnen weniger Tagen hatte sie gegen 80000 Kohlenräber erfaßt. Der Generalstreik wird 200000 Bergarbeiter mit verschränkten Armen auf das Blachfeld des Klassenkampfes führen, ein wirtschaftliches Streiterheer, wie es Deutschland noch nie gesehen. Bei der Rolle der Kohle im modernen Wirtschaftsleben muß das gesamte ökonomische Getriebe erschüttert werden, wenn der starke Arm des Grubenproletariats die Zechen stilllegt. Ein eindringlicher Beweis für die Gemeinschädlichkeit des Privatbesitzes, dessen Raffgier den Kampf heraufbeschworen hat.

Das Grubenkapital, verkörpert in den Herren Stinnes, Thyssen, Kirdorf und einer Handvoll weiterer Millionäre,

hat es so gewollt. Mit ausgesuchter Brutalität und Protzigkeit, dem starren „Nein“ seiner Antwort auf die erhobenen Forderungen die Verhöhnung und Herausforderung hinzufügend, hat es jedes Entgegenkommen, jede Verhandlung abgelehnt. Es pocht auf die ungeheuren Machtmittel, über die es im Wirtschaftsleben und im Staat verfügt, Machtmittel, groß genug, um die Staatsgewalt zum Kuschen zu bringen – wie die Hibernia-Affäre^[31] zeigt –, sofern sie sich nicht von vornherein als dienstwilliger Büttel der Zechenmagnaten erweist, was in den Kämpfen zwischen diesen und den Arbeitern bisher noch stets der Fall gewesen ist.

Das Grubenkapital will den Krieg. Er soll seine Interessen fördern, indem er das Verschlucken der kleinen Zechen durch die großen beschleunigt; ein Feigenblatt vor das profitwütige Stilllegen der minder ertragreichen Gruben hängt; der Erweiterung und Vertrustung der Betriebe Vorschub leistet; den Kampf der gemischten gegen die reinen Werke in der Eisenindustrie begünstigt und damit die angestrebte Allianz von Eisen und Kohle in schnelleren Fluß bringt. Mit anderen Worten: Das im Kohlenbau ausbeutende und herrschende Kapital will eine größere Konzentration des Wirtschaftslebens. Dies aber nicht etwa aus Rücksicht auf die fortschrittlichen Tendenzen, die einer solchen eignet, sondern lediglich zu Nutz und Frommen seines Profits. Sie ermöglicht ihm ja die rücksichtsloseste Schröpfung der Konsumenten wie die stärkste Ausbeutung und Knebelung der Produzenten, der Arbeiter.

Die Arbeiter niederzuwerfen, wehrlos zu machen, das ist das innig gewünschte Ziel, das für die Werkbesitzer im Brennpunkte des Kampfes steht. Er gilt vor allem der Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Der grimme Haß gegen sie züngelt aus der Antwort des „Ver eins für bergbauliche Interessen“, der Unternehmerv-

tretung. Nicht mit den Vertretern der gesamten Belegschaften, nicht mit einer fest zusammengeschlossenen Gemeinschaft wollen die Herren unterhandeln, nur mit „ihren“ einzelnen Arbeitern. Natürlich! Sie wissen, daß sie von der wirtschaftlichen Schwäche der einzelnen Arbeiter alles zu hoffen, von der Macht der Organisation alles zu fürchten haben. Um die Organisation der Bergarbeiter wird der Kampf am heißesten entbrennen, wenn auch andere Momente sein Ausgangspunkt gewesen sind. Auf seiten der Lohnsklaven des Grubenkapitals hat bekanntlich die Verlängerung der Seilfahrt den Anstoß zur Streikbewegung gegeben. Die Verlängerung der Seilfahrt läuft auf eine Ausdehnung der Schichtdauer hinaus, sie bedingt einen längeren Aufenthalt unter Tag. Ein längeres Atmen und Arbeiten in einer Atmosphäre und unter Bedingungen, welche an und für sich schon der Gesundheit schädlich genug sind! Verlängerung der Schichtdauer besagt für den Kohlengräber in dürren Worten: Verkürzung des Lebens in Luft und Licht, Verkürzung der Lebenskraft, ja, der Lebensdauer selbst! Davon zu schweigen, daß der längere Aufenthalt in der Grube die Zeit und Kraft mindert, welche der Bergmann seiner Familie, seiner Erholung und Bildung zu widmen vermag. Die Achtstundenschicht ist ein geschichtlich geheiligtes und verbrieftes Recht der Bergarbeiter. In einem opferschweren, blutgetränkten Kampfe haben sie es 1889 gegen die vereinigte Macht von Kapital und Staat behauptet. Und was damals betreffs der Dauer der Schicht und der Seilfahrt in dem „Friedensprotokoll“ festgelegt worden ist – Achtstundenschicht, Seilfahrt von zusammen höchstens einer Stunde –, das wollen sie sich heute nicht durch eine vertragsbrüchige Ausbeuterclique entreißen lassen.

Die ihnen zugemutete heimtückische Ausdehnung der Schichtdauer ist jedoch nur der letzte Tropfen gewesen, welcher den Eimer der Empörung zum Überlaufen brachte.

Welche Last wachsender Übel drückt nicht die Hörigen der Grubenaristokratie! Die Löhne sind trotz gestiegener Produktivität der Arbeiter und ungeachtet einer starken Verteuerung der Lebensbedürfnisse gesunken. Familienväter haben in den letzten Zeiten Monatslöhne von sechzig Mark heimgebracht. Das verhaßte Wagennullen, das nach Gunst und Gabe oder nach Laune erfolgt und sich zu skrupelloser Betrügerei zuspitzt, kürzt im Verein mit leicht verhängten Strafen den Verdienst. Die Wurmkrankheit hat furchtbares Unheil über Zehntausende Familien gebracht. Die Einstellung der Förderung auf kleinen Zechen raubte vielen mit dem Brot die Heimat, an welcher sie mit westfälischer Zähigkeit hingen. Scharen von Ausländern, Polen, Italiener, Kroaten, wurden als Lohndrucker von den waschecht patriotischen Kapitalisten ins Land gerufen. Auf manchen Werken spotten die sanitären Einrichtungen jedem Bedürfnis, die Vorkehrungen gegen Unglücksgefahr sind äußerst mangelhaft. Auf anderen wieder zeigt sich eine schamlose Günstlingswirtschaft, die einzelnen Strebern gutes Gedinge zuschanzt, Bergarbeiter mit steifem Rückgrat und Kameradschaftsgefühl dagegen benachteiligt und schikaniert. Der immer mehr grassierende Reserveleutnants- und Unteroffizierston verletzt. Wer in der Gewerkschaftsorganisation rührig tätig ist, wem ein Vertrauensposten übertragen wird, der muß erwarten, unter dem ersten besten Vorwand die Abkehr zu erhalten. Die bescheidenen Forderungen der Bergleute nach Anstellung selbstgewählter Grubendelegierter und Wagenkontrolleure finden kein Gehör. Die Deputatkohle, die sie für den Hausbrand zu halbem Verkaufspreise erhalten, wurde in letzter Zeit unpünktlich geliefert oder auch wohl verweigert.

Kurz, eine Fülle von schreienden Mißständen hat reichlich Grund zu gärender Unzufriedenheit geschaffen. Von ihrer Gesamtheit wuchet übermächtig die Empfindung auf die

Bergleute nieder, daß der vielbesungene „freie Arbeiter“ in Wirklichkeit ein Unfreier, ein Sklave ist, der brutalen Willkür und nimmersatten Habsucht einer rohen und gewissenlosen Unternehmerkaste preisgegeben. Zur Abwehr der und jener Verschlechterung, zur Erringung der und jener Verbesserung ihrer Lage sind die Kohlengräber in den Ausstand getreten oder richtiger von ihren Ausbeutern in den Ausstand gehetzt worden. Aber der tiefe, bei allen einzelnen Forderungen mitschwingende Grundton ihres Kampfes ist das mit urwüchsiger Gewalt hervorbrechende Bewußtsein des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Die Ausgebeuteten lehnen sich gegen das System der Ausbeutung selbst auf, ihr proletarisches Klassenempfinden revoltiert gegen die Klassenherrschaft des Grubenkapitals, ihr Rechtsgefühl gegen dessen Geldsackgewalt. Daher die leidenschaftliche Empörung, welche das Grubenproletariat des Ruhrreviers durchzittert, mag es für die Sozialdemokratie stimmen oder sich noch vom Zentrum nasführen lassen, mag es deutsch oder fremdsprachig klagen und fordern. Daher die unwiderstehliche Gewalt, mit welcher die Ausstandsbewegung, einem nicht zu bändigenden Naturereignis gleich, die Bevölkerung mit fortreißt. Nicht zwischen den einzelnen Belegschaften und Grubenverwaltungen ist der Kampf entfacht, Klasse steht gegen Klasse.

Das aber nicht bloß in der Kohlenindustrie, sondern im ganzen Deutschen Reich. Hinter den steifnackigen Grubenbaronen stehen ihre kapitalistischen Brüder in der Auswucherung der proletarischen Arbeitskraft auf anderen Gebieten; hinter ihnen stehen aber auch die bürgerlichen Parlamente und Regierungen. Oder glaubt etwa jemand, diese Distelsträucher unseres öffentlichen Lebens würden etwas anderes als Stacheln für die Arbeiter geben? Eine Regierung, in welcher der „lange Möller“ betriebsam die

einträglichen Geschäfte des Kapitals besorgt; ein Reichstag, dessen Zierden die Bäumer und Kardorff sind; ein Abgeordnetenhaus, das nach jeder Richtung hin unfruchtbarer und volksfeindlicher ist als das Reichsparlament.

Sei's drum! Die Grubensklaven haben's gewagt. Sie haben ihnen den frech ins Antlitz geschleuderten Fehdehandschuh aufgehoben. Nun gilt es, dem überstarken Feind nicht zu unterliegen. Seinen Machtmitteln müssen die Ausständigen die feste Geschlossenheit ihrer Reihen entgegenstellen, die feste Einheitlichkeit und eiserne Disziplin, mit der sie kämpfen. Das Proletariat der ganzen Welt, vor allem aber das deutsche Proletariat, wird ihnen als nicht versagender Bundesgenosse mit treuer Solidarität zur Seite stehen.

Nicht die Männer allein, auch die Frauen der werktätigen Massen ruft der tobende Riesenkampf zur Pflichterfüllung. In erster Linie aber die Proletarierinnen des Streikgebietes. Treffen die Fuchtelhiebe, welche das ausbeutende Kapital auf ihre Brüder niedersausen läßt, nicht auch sie, ja, oft gerade sie am schmerzhaftesten? Bedeutet nicht jede abgeschlagene Verschlechterung, jede ertrotzte Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Mannes auf der Zeche eine Erleichterung der Sorgenlast der Frau im Heim? Wohlan denn, so tue auch sie das ihrige dazu, auf daß Arbeiterrecht gegen Geldsackgewalt siege! Sie zermürbe nicht durch Wehklagen oder Schelten den Kampfmuth, die Kampffreudigkeit des Mannes. Sie steigere vielmehr seine Widerstandskraft durch die Einsicht, Begeisterung und Opferfreudigkeit, mit der sie die drückenden Lasten trägt, welche der Kampf in Gestalt manch bitterer Sorgen bringen wird. Mit klugem Sinn und fleißiger Hand schalte und walte sie am häuslichen Herd, um die Stunde möglichst hinauszuschieben, wo die Not seine Flamme verlöscht. Sie gedenke, wie oft sie sparen und entbehren mußte, nicht etwa weil der Mann ein leichteres Los

für sich und die Seinigen erstreiten wollte, nein, weil die Herren Zechenritter fetteren Profit einzusäckeln wünschten!

Sie gestalte das Familienleben so geordnet, behaglich und traulich wie nur möglich, damit der Mann den Aufenthalt im Heim dem im Wirtshaus vorziehe. Wie kurz bemessen sind nicht die Tage, die Stunden, die der Bergarbeiter den Seinen schenken kann, in denen er, befreit von der fieberhaften Hatz der Erwerbsfron, in Ruhe und Frische mit seinem Weibe sich auszusprechen, mit seinen Kindern zu plaudern und zu spielen vermag! Der harte Beruf, der keine Rücksicht auf Morgen und Abend kennt, der den Kohlengräber zu jeder Tageszeit in düstere Nacht bannt, wirkt zerrüttend auf das Familienleben zurück und knickt viele der bescheidenen Blüten, die hier den anderen Proletariern sprießen. Nun nütze die Frau, die Mutter die Sklavenrast, welche der Kampf dem Manne bringt, um die Bande des Gemüts- und Geisteslebens zwischen den Familiengliedern zu festigen. Gewiß: Die Not, welcher der Streik die Haustür öffnet, wird der Bergarbeiterfrau die Erfüllung ihrer häuslichen und mütterlichen Aufgaben erschweren, wird ihr manche bittere, heimliche Träne abpressen. Nichtsdestoweniger muß sie ihre ganze Kraft aufbieten, damit das Heim eine Stätte der Erquickung und Stärkung für den kämpfenden Mann sei, eine feste Burg, aus der er gerüstet in ruhiger Kraft in den Streit zieht. So wirke sie allem entgegen, was ihn zum Feigling und Verräter machen könnte; allem, was geeignet wäre, ihn aus einem besonnenen Kämpfer in einen zuchtlosen Tumultuanten zu verwandeln. Der gewaltige Kampf, in dem Riesenmassen gegen Riesenmittel stehen, heischt zwingend, daß Mann und Frau gemeinsam alle Kräfte und alle Tugenden ihres Wesens in ihm einsetzen. Er kann nur mit der Frau, nicht ohne sie, geschweige denn gegen sie für das Proletariat siegreich durchgeföhrt werden.

In den Kämpfen des französischen, belgischen und amerikanischen Grubenproletariats haben sich die Frauen durch ihre Festigkeit und Begeisterung ausgezeichnet. Ihre deutschen Schwestern müssen sich ihnen ebenbürtig erweisen. Die Genossinnen im ganzen Reich werden ihrerseits ihre Pflicht nicht versäumen, mit Energie und Opferwilligkeit für die kämpfenden Schwestern und Brüder einzutreten und die Proletarierinnen in Stadt und Land zu ihrer moralischen und materiellen Unterstützung aufzurufen. Im Ruhrgebiet muß das protzige Grubenkapital besiegt auf der Walstatt bleiben. Der gesamten deutschen Kapitalistenklasse und ihrem Staate zum Trutz, allen Frondenden und Ausgebeuteten zu Nutz und Frommen. Glück auf!

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 25. Januar 1905.

Maria Lwowna Berditschewskaja

März 1905

Die revolutionären Bewegungen, welche Rußland seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts erschüttern, gehören zu den glänzendsten Ruhmesblättern in der Geschichte des weiblichen Geschlechts. Sie zeichnen sich vor den Freiheitskämpfen aller Länder durch die hervorragende Beteiligung der Frauen aus. In ihren verschiedenen Phasen haben Frauen in den vordersten Reihen der Kämpfer für eine bessere Zeit gestanden. Und die russischen Revolutionärinnen haben im Dienste ihrer Ideale eine Kühnheit des Geistes, eine Kraft des Willens, eine Reinheit der Gesinnung und Größe der Opferfreudigkeit bewiesen, die sie als Ebenbürtige neben die mutvollsten Helden des Altertums, die selbstverleugnenden Märtyrer der christlichen Religion stellen. So war es in den Zeiten der utopistisch träumerischen Propaganda, als Hunderte von Frauen und Männern Verwandte und Freunde verließen, Beruf und Glück hinter sich warfen und als Verkündiger der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit „unter das Volk“ gingen. So war es in der furchtbaren, heroischen Periode des Terrors, als ein kleines Häuflein Toteskühner auf Leben und Tod mit den Stützen und Trägern des absolutistischen Regimes kämpfte. So ist es heute, wo das von der Sozialdemokratie zum Klassenbewußtsein gerufene Proletariat als entscheidende Hauptmacht

im Kampfe gegen den Absolutismus steht. Was die russische Sozialdemokratie geworden ist und geleistet hat, das ist seit dem ersten Tage ihrer Existenz auch mit Frauenwerk.

Nur etwas Selbstverständliches ist es da, daß sich unter den Märtyrern des unvergeßlichen 22. Januar auch eine angesehene, unermüdliche Genossin befindet: Maria Lwowna Berditschewskaja. Nicht als Zufallsopfer des mordgierigen Despotismus ist sie, 26 Jahre alt, gefallen, sondern als bewußte Kämpferin, die aus klarer Erkenntnis und in freiem Willen ihr Leben für die Freiheit des Volkes in die Schanze schlug. Sie befand sich mitten unter den tapferen Petersburger Arbeitern, welche die ruchlose Niedermetzelung der friedlichen, vertrauensseligen Manifestanten mit dem Bau von Barrikaden beantworteten, welche der Gewalt des bluttriefenden Absolutismus die Gewalt des revolutionären Proletariats entgegenstellten.

Maria Lwowna Berditschewskaja hat schon als Kind die starke, befreiende Luft revolutionärer Ideen eingeatmet. Ihr um vieles älterer Bruder war ein bekanntes Mitglied der alten terroristischen Narodnaja Wolja. Er war 1885 an dem mißlungenen Überfall auf die Charkower Post beteiligt und erschloß sich dabei, um den zarischen Henkern zu entgehen. Der Tod des Bruders hat ohne Zweifel mächtig auf die Seele Maria Lwownas gewirkt, hat sie mit glühender Sympathie für die revolutionären Kämpfe und mit der Überzeugung erfüllt, daß das Leben der Güter höchstes nicht ist. Schon als ganz junges Mädchen wurde sie eine eifrige Bekennerin sozialistischer Ideen. Nachdem sie den Feldscher- und Hebammenkursus beendet hatte, widmete sie sich mehr und mehr dem Dienste der Sozialdemokratie, und in den letzten Jahren gab sie sich ihm vollständig hin. Rastlos wirkte sie unter den hunderterlei Schwierigkeiten und Gefahren, mit denen die sozialistische Aufklärungsarbeit in einem Lande

verknüpft ist, wo keine Versammlungs-, Rede- und Preßfreiheit, keine noch so armselige Volksvertretung existiert, wo selbst der Gedanke gehetzt und gemordet wird. Mehr als einmal hefteten sich die Häscher an ihre Fersen, in Kasan und später in Saratow war sie verhaftet. Nach jedem Ungewitter stand sie unverzagt wieder in den vordersten Reihen der Kämpfenden. Ihre leidenschaftliche Hingabe an die Sache der Freiheit und ihre außergewöhnliche Energie machten tiefen Eindruck auf alle, die sie kannten. Nicht allein im Kreise der Freunde, auch bei den Gegnern genoß sie hohe Achtung.

Als am 22. Januar die Flamme der Revolution hoch emporlohte, war sie auf ihrem Posten unter den Barrikadenkämpfern. Aus vier Wunden blutend, brach sie zusammen. Die im Krankenhaus versuchte Operation blieb erfolglos. Auf ihrem Schmerzenslager wiederholte die Sterbende mehrmals: „Keinen Augenblick bereue ich, auf die Barrikaden gegangen zu sein.“ Diese Worte flüsterten noch ihre Lippen, als sie kurz vor dem Tode aus schwerer Bewußtlosigkeit zu voller Besinnung erwachte.

Das Blut Maria Lwowna Berditschewskajas ist für die Freiheit geflossen, die für das russische Volk unter Stürmen und Gewittern zu dämmern beginnt, von denen ein frischer, kräftiger Hauch über das Proletariat der ganzen Welt weht. Das internationale Proletariat senkt bewundernd und dankbar grüßend seine Fahnen vor dieser Märtyrerin wie vor allen heldenmütigen Blutzeugen der revolutionären Kämpfe in Rußland.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 8. März 1905.

Für die Preisfechter des revolutionären Proletariats

Juli 1905

In furchtbarer Kraft und Herrlichkeit schreitet in Rußland die Revolution, die „Befreierin und Rächerin und Richterin“, einher, den gewalt'gen Arm ausreckend, „daß er die Welt erlöst“. Erlöst von einem der fluchwürdigsten Übel, welche je die Völker heimgesucht haben: von dem verderben- und verbrechenreichen zarischen Despotismus. Bald hier, bald dort zertrümmern revolutionäre Hammerschläge einen Teil seiner Macht, einen Teil seiner längst verwirkten Existenz. Bis jetzt haben weder trügerische Vorspiegelungen ärmlicher und erbärmlicher Reformen noch bluttriefende Gewaltmaßregeln gegen die „Empörer“, noch auch die alten reaktionären Gaunerkniffe, die nationalen und religiösen Gegensätze aufeinanderzuhetzen, die revolutionäre Flutwelle aufzuhalten, geschweige denn zu bannen vermocht. Blutgefärbt wälzt sie sich unaufhaltsam weiter, sie schwillt und schwillt. Kaum ein Tag, an dem die Drahtnachrichten und Berichte nicht Bauernunruhen verzeichnen, die von Ausbrüchen wilder Verzweiflung ob furchtbarster Not zu Kämpfen gegen das „gottgewollte“ Regiment „Väterchens“ werden; Beschlüsse und Erklärungen der liberalen Semstwoleute, der adligen Grundbesitzer, die himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt zwischen Reformhoffnungen, Reformforderungen und der Furcht vor den aufgewühlten Proletarier- und

Bauernmassen hin und her schwanken; Kundgebungen der „Intelligenz“, der Träger höherer Berufe, die zum großen Teil als Sozialisten oder Sozialrevolutionäre mit den Arbeitern zusammen Sturm gegen den Absolutismus laufen. Dazu in den letzten Wochen in rasch wachsender Zahl Revolten von Soldaten, die sich weigern, die verruchte Rolle von Henkersknechten ihrer Brüder und Schwestern zu spielen; Meutereien der Marine auf Kriegsschiffen und in den Hafentstädten.

Der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, die stärkste Kraft der Ereignisse bleibt aber die revolutionäre Aktion der Proletarier, die ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse, des Glaubens – Russen, Polen, Juden, Letten, Armenier usw. – zur Niederzwingung der Bestie des Despotismus brüderlich zusammenstehen. Der Massenstreik, der heute in diesem, morgen in jenem Industriezentrum mit vulkanischer Gewalt ausbricht und um sich greift, bald die, bald jene Gewerbe stilllegt, hier abgebrochen wird, dort um so wuchtiger einsetzt, sich durch keine Gewalt hintertreiben und unterdrücken läßt: er erschüttert unerträglich die wirtschaftliche Grundlage des sozialen Lebens, lähmt die selbstherrliche Staatsgewalt und treibt sie aus den Fugen. In alle Schichten der Bevölkerung trägt er die revolutionäre Gärung, er hält die erwachten revolutionären Geister lebendig, er peitscht sie vorwärts zum Kampfe.

Das Proletariat Rußlands hat die geschichtliche Mission übernommen, vor deren Erfüllung die Bourgeoisie Westeuropas sogar in den Tagen revolutionären Jugenddranges kurzsichtig und feige zurückgeschreckt ist und die sie später bewußt verraten hat. Es vollstreckt an dem zarischen Despotismus das Todesurteil. Damit ist es zum Preisfechter für das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt, insbesondere aber Europas geworden. Der Zarismus ist noch stets der Büttel und Henker aller Freiheitsbewegungen gewesen. Wo

die reaktionären Gewalten eines Staates nicht ausreichen, das vorwärtsdrängende politische Leben der Volksmassen zu morden, da trat er als Würger auf den Plan. Das Verbrechen seiner Fortexistenz bleibt eine stete und schwere Drohung und Gefahr für den Befreiungskampf des Proletariats aller Länder, zumal aber für den der deutschen Arbeiterklasse. Das aber nicht bloß in dem alten Sinne, sondern in noch umfassenderer Weise, dank der geschichtlichen Zusammenhänge, welche die kapitalistische Entwicklung schuf.

Die russische Autokratie läßt die kapitalistische Ordnung für die Besitzlosen aus einem Zuchthaus zur Hölle werden. Sie liefert die Proletarier als politisch Rechtlose, das heißt als Wehrlose, Geknebelte, an die ungezügelte, schamloseste kapitalistische Ausbeutung aus. Die, welche im Ringen für die proletarischen Klasseninteressen Kampfgenossen der zielklaren Arbeiter aller Länder sein könnten, sein müßten, zwingt sie damit zu der erniedrigenden und verhängnisvollen Rolle der Schmutzkonkurrenten. Auf dem Proletariat der ganzen Welt lasten die Ketten, die die zwiefach Enterbten in ihrer Heimat fesseln.

Der zaristische Despotismus ist ein Taufpate und einer der vornehmsten Träger der eroberungs- und raublustigen, gewalttätigen Weltmachtspolitik, welche fremde Völker zu unterjochen und auszusaugen strebt, welche daheim die besitzlosen Massen mit gepanzerter Faust durch Hochschutzzölle und Monopole schamlos auswuchert, durch politische Knebelung sicher zu Boden schlägt. Er ist und bleibt kraft seiner barbarischen Wesenheit, die durch den Kapitalismus auf die Spitze getrieben wird, ein Friedensstörer par excellence. Seine Beutegier steigert die Möglichkeit blutiger Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten, läßt die militärischen Opfer an Gut und Blut der Massen unerträglich anschwellen und treibt dem Weltkrieg entgegen. Eine gesunde Heimatpolitik

und eine großzügige Weltpolitik, die Gegenwarts- und Zukunftsinteressen des Proletariats haben keinen gefährlicheren, tückischeren Feind als den russischen Absolutismus.

Das junge Proletariat des Moskowiterreiches, das ihn zu Boden schmettert, ist im umfassendsten Sinne der Preisfechter der Arbeiterklasse aller Länder. Die fruchtbare, schöpferische Kraft der Revolution hat fast über Nacht seinen Klasseninstinkt zum Klassenbewußtsein reifen lassen. Unbeirrt durch Reformkomödien der Autokratie wie durch ihre Schreckensherrschaft geht es seine Bahn. Es ist gleich groß im Kämpfen wie im Leiden, als Held und Märtyrer den Besten aller Zeiten und Völker ebenbürtig. Zu Hunderttausenden hungert es, hungert wochenlang, monatelang; zu Tausenden und Zehntausenden füllt es die Kerker, stirbt im Straßenkampf, durch Standrecht, am Galgen. Und es kämpft weiter, ohne Klagen und ohne Ruhmredigkeit, schlicht, selbstverständlich, erhaben; beglückt, wenn die führenden Geister, die Kämpfer in den vordersten Reihen, heil und wehrtüchtig bleiben; wenn die geistigen Waffen der revolutionären Literatur nicht mangeln, welche in geheimen Druckereien oder im Ausland geschmiedet werden; wenn die konspiratorische Wühlarbeit nicht versagt, die neue Massen dem Revolutionsheer eingliedert und die Zusammenhänge aufrechterhält.

In brüderlicher Solidarität an die Seite der glorreichen Soldaten der Revolution in Rußland zu treten, ist Pflicht des gesamten internationalen Proletariats. Die deutsche Arbeiterklasse wird ihre Erfüllung, zu welcher der Parteivorstand der Sozialdemokratie aufgerufen hat, als Ruhmestat auffassen. Mit aller Hingabe, mit aller Kraft, deren sie angesichts großer historischer Aufgaben fähig ist, muß sie die russische Revolution moralisch und materiell unterstützen. Ihr liegt es ob, durch mannhaftes Eintreten für die Freiheitskämpfer im

Nachbarreich vom Vaterland die Schmach zu tilgen, mit welcher es besudelt wurde dank dem Wettkriechen des offiziellen Deutschlands vor dem Knutenregiment, dank der feigen, selbstsüchtigen Haltung der Bourgeoisie, welche den Kurs der russischen Staatspapiere und Industrieaktien höher wertet als das Erwachen eines großen Volkes zur Kultur und Freiheit. Die deutschen Genossinnen im besonderen dürfen nicht vergessen, daß die russischen Revolutionärinnen ihnen jederzeit vorangeschritten sind als leuchtende Vorbilder von Heldenmut und Entsagung, als Vorkämpferinnen, die für das volle Bürgerrecht der Frau die höchsten Bürgertugenden in die Waagschale geworfen haben.

Mögen die büttelseligen bürgerlichen Soldschreiber nach Knüppeln und Ketten für die „Umstürzler“ schreien, die ihren Teil an Pflichten und Ruhm der russischen Revolution begehren. Das deutsche Proletariat wird sich durch seine geschworenen Feinde nicht hindern lassen, die bedeutungsreichste weltpolitische Aufgabe des Augenblicks zu erfüllen. Es ist vom Stamme der stolzen Empörer, die drauf und dran sind, eine Geißel der Menschheit zu zerbrechen. Es wird durch Taten eintreten für seine russischen Brüder, für die Preisfechter des revolutionären Proletariats.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 26. Juli 1905.